

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.  
 Eingetragene in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne  
 je oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gemischtpolitische Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,  
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Dienstag, den 30. Oktober 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

## Parteigenossen des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises! Arbeiter, Handwerker, Bürger!

Wenn dieses Blatt in Eure Hände kommt, ist der Wahltag angebrochen. Eine letzte Mahnung ergeht an Euch, Euer Wahlrecht auszuüben. Uns steht im Wahlkampf die reaktionäre Mischmasch-Partei der Konservativen und Antisemiten gegenüber, sowie ein Sonderkandidat der Centrumpartei. Der konservativ-antisemitische Kandidat, Herr Ulrich, hat sich zu einer Erhöhung der Kornzölle bekannt. Wie seine Parteigenossen ist auch er also bereit, den Interessengruppen der agrarischen Brotwucherer neue verstärkte Liebesgaben in die gierig ausgestreckten Hände gleiten zu lassen. Nach der agrarischen Forderung eines 10 Mark-Zolls bemessen, würde das auf eine Brotsteuer von etwa 85 Mark für jede Familie jährlich hinauskommen.

So etwas wagt man der Bevölkerung einer Großstadt zu bieten unter der Maske: Rettung des Mittelstands, des Mittelstandes, der genau so gut wie die Arbeiterschaft ausgeplündert werden würde durch diesen ungeheuerlichen Beutezug.

Arbeiter, Handwerker, Bürger jeden Berufs! Empfindet Ihr die Verpflichtung, Euch zu wehren gegen diese schamlosen Pläne, so stimmt gegen die Brotwucherer-Schutztruppen der konservativ-antisemitischen Reaktion und des Centrums, stimmt für die Socialdemokratie, die allein in diesem Wahlkreis die Sache des Volks vertritt!

Sogar für die Wiederbelebung der Zuchthausvorlage hat sich und seine Partei der konservativ-antisemitische Kandidat verpflichtet. Daß die Reaktion es wagt, mit einem solchen freiheitsmörderischen Machwerk abermals zu drohen, sollte den Jörn in der Brust jedes Arbeiters auflockern lassen. Ist doch dieser Tage an die Nichterwartung, mit welcher verwerflichen Mitteln die Scharfmacherei im Interesse eines arbeitserfeindlichen Unternehmerklüngels betrieben wurde. Gegen erschnorrte Stimm- und Krupp-Pfennige werden die Schleifsteine in Schwung gebracht.

Arbeiter! Protestiert gegen die Schmach des früheren Zuchthausgesetzes und gegen die doppelte Schmach seiner angedrohten Wiederbelebung! Protestiert dagegen durch Abgabe eines socialdemokratischen Stimmzettels am 30. Oktober!

Arbeiter, Handwerker, Bürger! Wollt Ihr, daß noch mehr deutsches Gut und Blut verfassungswidrig in überseeischen Abenteuer vergendet werde? Willt Ihr die Sonnenhuten deutscher Truppen in China? Oder wollt Ihr, daß Deutschland sich von überflüssigen Militärlasten befreie, wahre Menschlichkeit über auch andern Völkern gegenüber, wie Ihr Freiheit und Wohlfahrt des Volks auch zur Richtschnur der inneren Politik gemacht sehen wollt, wollt Ihr dem socialistischen Gedanken der Beseitigung jedweder Ausbeutung und Unterdrückung in aller Welt Bahn brechen, so stimmt am heutigen Tage Mann für Mann für den Kandidaten der Socialdemokratie

## Schriftsteller Georg Ledebour in Berlin.

Ein überwältigender Protest muß das Wahlergebnis werden, ein Protest gegen das gesamte Treiben der Reaktion!  
 Einen neuen Schritt vorwärts auf der Siegesbahn der Socialdemokratie müssen am 30. Oktober Siebnechts alte Kampfgemeinschaft in 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis machen!

Auf zur Wahl unter der Parole:

**Gegen Sunnentum, Brotwucher und Zuchthauskurs!  
 Für den völkerbefreienden Socialismus!**

### Katloje Verlegenheit!

Die reaktionäre Presse ist nicht ersinderlich in den Notmitteln, die socialdemokratischen Enthüllungen über die Korruption in der Regierung abzuwehren. Sie wiederholt in den verschiedensten Etappen der Affaire Wueck-Posadowsky-Woedike immer dasselbe Manöver: Erst katlojes Schweigen — dann haltloses Gerede von Mystifikationen und Fälschungen — keine Notwendigkeit, daß die Regierung zu antworten brauche — weiter Lamentationen über Intriguen und endlich wieder schüchternen Versuche, zum Anfang zurückzukehren und zu leugnen.

So geschah es nach der ersten Veröffentlichung des Wueck-Briefs, dieselbe Reihenfolge der Hinten stellt sich jetzt wieder ein, nachdem konstatiert worden ist, daß der von dem Reichsamt des Innern gezeichnete Brief nicht identisch sei mit der im Wueck-Briefe angedeuteten Angelegenheit.

Als die Erklärung der „Berliner Korrespondenz“ erschien, deren Tölpelhaftigkeit uns geradezu verblüffte, obwohl wir an sich keine übertriebene hohe Meinung von den regierenden Intelligenzen haben, bestand für uns zunächst nicht das mindeste Interesse, sich mit der Wertwürdigkeit der auffallenden Zeitdifferenz zu beschäftigen. Wir hatten einstweilen genug zu thun, die moralische und politische Bedeutung dessen zu würdigen, was da in beispielloser Harmlosigkeit amtlich zugestanden war. Später ließ sich in Ruhe das Versäumte nachholen.

Es war für uns ein Schauspiel von seltenem Reiz, zu beobachten, wie die Presse der Scharfmacher sich allmählich von ihrem ersten Schreck erholt; erst war es den braven Leuten sehr bekommen zu Mute: „Was mag wohl diese verdammte Socialdemokratie wissen? Hat sie Beweise, hat sie unanfechtbare Papiere?“

Wie nun aber zunächst keine Aufklärung von uns über die Datumsdifferenz kam, da schöpften die Organe deutscher Treue und Ehrlichkeit, die nichts außer Gott zu fürchten notwendig haben, allmählich wieder Mut, indem sie sich dem schönen Traum hingaben, die socialdemokratische Presse wisse auch nichts Rechtes, sie habe keine schlüssigen Beweise. Am Sonnabendnachmittag hatte sich z. B. die „Post“ so weit von ihrer Vollkommenheit erholt, daß sie in ihrer Sonntagsnummer — gleichzeitig mit den neuen Feststellungen der „Leipziger Volkszeitung“ und des „Vorwärts“ — mit kaltschnapfer Tapferkeit in die Offensive überzugehen begann und folgende Kriegserklärung gegen die Korruption der — Socialdemokratie richtete:

„Hätte die bürgerliche Presse sich von Anfang an diesem socialdemokratischen Sensationsstückchen gegenüber die läßliche Ruhe des objektiven Kritikers bewahrt, dann hätte der Fall nicht zu einer Wahlparole für die Socialdemokratie werden können. Diese braucht ja für ihre unterwühlende Tätigkeit die Erschütterung des Vertrauens in unser Beamtenamt und ist darum stets bereit, unwesentliche Dinge zu verallgemeinern und den Frosch zum Ochsen aufzublasen. Im Fall Wueck hat der „Vorwärts“ mit vollen Waden in die Welt posant, für 12 000 Mk. sei „auf Bestellung“ ein Gesetz gearbeitet worden, und als die Fälschung der „Leipziger Volks-

Zeitung“ aufgefälscht war und sonach die Darstellung nicht mehr aufrecht erhalten werden konnte, als habe die Regierung 12 000 Mk. gefordert, um damit eine künstliche Stimmungsmache für einen noch nicht vorhandenen Entwurf zu arrangieren, da hat er trotzdem die Sache so dargestellt, als habe sich die Regierung von dem Wunde der Judensteuern mißbrauchen lassen. Es ist geradezu unbegreiflich, daß bürgerliche Blätter in dem zweiten Stadium der Angelegenheit die Korruption bei der Socialdemokratie unbesprochen ließen, denn nur durch die Datumsfälschung der „Leipziger Volkszeitung“ war das Volk irregeführt worden, als ob die Regierung ihre amtliche Tätigkeit verkauft, als ob sie, wie der „Vorwärts“ sich höchst gebildet ausdrückte, für 12 000 Mk. einen Gesetzesentwurf im Mansch übernommen“ habe. Des ist allerdings ein „Schweineglück“ für die Socialdemokratie, daß bürgerliche Blätter dem Träger einer hohen Amtsstelle im Zusammenwirken mit dem „Vorwärts“ einen Rakel andachten wollen, während sie für offene moralische Schäden der verlogenen und fälschenden Socialdemokratie keine Augen und keine Zunge haben.“

Am Montag freilich war der vorläufige Jubel der „Post“ wieder völlig verstummt, als das Blatt merkte, daß man ganz genau über das Datum des Wueck-Briefes unterrichtet war. Und Schweigen senkte sich wieder auf das Organ des ungöttlichen Dulders v. Jedlik — der Fall Wueck-Posadowsky-Woedike wurde mit keinem Worte erwähnt, obwohl abermals eine telephonische Anfrage beim Generalsekretär des Centralverbandes der Industriellen — Telephonnummer Amt VI 2527! — genügt hätte, das Blatt über die neue socialdemokratische „Fälschung“ zu unterrichten. Jedes es herrliche offenbar eine fatale Leitungsstörung sowohl beim Fernsprecher des Blattes wie in dessen Centralnervensystem: Zunge und Hand war gelähmt.

Und mit der „Post“ schwiegen die „Berliner Neuesten Nachrichten“ Krupps, die „Berliner Politischen Nachrichten“ Schweinburgs, das offizielle Organ der Regierung, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ und die offiziellen Blätter der Ministerien, der „Reichs-Anzeiger“ und die „Berliner Korrespondenz“. Endlich war auch die „Kreuz-Zeitung“, das Hauptorgan der Konservativen, von dieser bedauerlichen Epidemie allgemeiner Lähmung befallen.

Nur der Nürnberger Trichter, mit dem die konservative Provinzpresse erleuchtet wird, die „Konf. Korresp.“, trat am Montagabend schüchtern in Funktion und spendete zwei Notizgen tiefster Verlegenheit. Erstens sei es keine Leibeigenschaft, wenn die Regierung von den Scharfmachern Geld nehme, sonst wäre ja auch die Socialdemokratie in der Leibeigenschaft der — Börse, fernermaßen sie belanntlich „sehr reichliche Geldunterstützungen von der Börse erhalten“, und zweitens beim Kommune-Aussatz 1871 Plünderungen durch Aufstellung von Schildwachen vor dem Hause Rothschilds verhindert habe; wir können aus diesem Predigtmärlein nur das eine entnehmen, daß die konservativen Freunde der Pöbel-Drescherei nicht vor den Geldströmen der Kapitalisten Halt machen, sondern sie hunnisch ausrauben würden, wenn ihnen einst die Ausraubung des Volks durch geschlich geförderten Wucher nicht mehr möglich sein sollte und sie demzufolge andre Mittel in Anwendung bringen würden. Die zweite Notiz lautet:

„Die socialdemokratische „Leipziger Volkszeitung“ ist durch ihren Vertrauensmann aus dem Centralverbande deutscher Industrieller in die Lage versetzt, zu erklären, daß der vielbesprochene Brief des Generalsekretärs Wueck am 3. August 1898 — nicht 1899 — geschrieben sei. Das ist auf keinen Fall richtig; er kann wohl, vielleicht versehenlich, falsch datiert gewesen sein; allein daß er aus dem Jahre 1898 nicht stammen kann, geht aus seinem ganzen Inhalt, der von der Agitation für einen erst 1899 fertiggestellten Gesetzesentwurf handelt, hervor. Uebrigens hat die „Leipziger Volkszeitung“ bzw. deren Gewahrsmann den Schluß des betreffenden Briefes nur durch eine punktierte Zeile angedeutet; es wäre jedenfalls von großem Interesse, das vollständige Schreiben zu kennen. Weshalb ist der Schluß unterschlagen worden? H. v. g.“

Wir glauben schon, daß die „Konservative Korrespondenz“ vor Neugierde bremst, zu erfahren, was wir wissen. Aber es genüge ihr vorläufig die Wiederholung der Erklärung, daß der Brief auch nicht versehenlich falsch datiert ist. Versehenlich falsch datiert hat nur das Reichsamt des Innern seine Erklärung. Niemand irrt sich ja auch so sehr im Datum, daß er im August 1899 plötzlich 1898 schreibt. Uebrigens entspricht nicht nur die Jahreszahl sondern auch der Monat nicht den Angaben der amtlichen Darstellung. Wenn das Reichsamt des Innern beabsichtigte, mit dem Gelde „der Industrie“ eine Agitation zu Gunsten der vom Reichstag in der ersten Lesung förmlich geschundenen Zuchthausvorlage zu betreiben, so konnte Herr v. Woedike nicht erst Anfang August dieses „eigentümliche Verlangen“ stellen, weil damals bereits das ganze Agitationsmaterial der Flugblätter und „Gelben Hefte“ im Lande verbreitet worden war. Der „Vorwärts“ wurde schon seit Anfang Juli mit der Zusendung der Zuchthaus-Flugblätter und gelben Hefte überschwemmt, die uns entriestete Arbeiter von allen Seiten einschickten. Wir stellten damals über die Quelle dieser Agitation Nachforschungen an, die einige Zeit beanspruchten; und bereits in der Nummer vom 18. Juli 1899 konnten wir das Resultat unserer Nachforschungen mitteilen, indem wir wenigstens die Namen der Personen mitteilten, die formell für das Unternehmen haften. Soll man etwa annehmen, daß die Herren Posadowsky und Woedike diese Agitation im Juli aus ihrer eignen Tasche bezahlt und das Risiko auf sich genommen hätten, daß „die Industrie“ sie dann im Stich ließe? Wohlmeinig war sie ja ohnehin wegen des „eigentümlichen Verlangens“. So reich sind auch die Herren Posadowsky und Woedike, trotz der hohen Löhne, die sie beziehen, nicht, daß sie in ihrer Begeisterung für die Zuchthausvorlage das finanzielle Risiko einer solchen Agitation auf sich genommen haben würden. Nein, der Wortlaut des Wueck-Briefes, der von einer erst einzuleitenden Agitation sprach, stimmt eben so wenig, wie die amtliche Erklärung, daß Herr v. Woedike die 12 000 Mk. zwecks Verbreitung des Zuchthausmaterials von der Industrie beansprucht habe, zu der unzweifelhaften Thatsache, daß im August diese Propaganda bereits geschahen war.

Wenn aber der „Konservative Korrespondenz“ dieser schlagende Beweis nicht genügen sollte, daß die amtliche Erläuterung zu dem Wueck-Briefe ganz und gar nicht paßt, daß das Datum weder gefälscht noch versehenlich verzeichnet sei, so braucht sie ja nur Amt VI 2527 anzuklingeln.

Die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ flüchtet sich wieder zu ihrer freihändlerischen Posadowsky-Intrikue; sie hat also die beneidenswert phantastische Vorstellung, daß von den paar hundert russischen Adressaten und Mitwissern des Bued-Briefes einer die Socialdemokratie benutzt habe, um den gleichfalls hundert russischen Grafen Posadowsky im Interesse des Freihandels zu stützen. Weiter aber ist das Blatt in prächtiger Bauernschlaueit bemüht, von uns zu erfahren, wie weit und wie zuverlässig wir in die Geheimnisse der Zuchthauspatrone eingeweiht seien; es schreibt nämlich:

„Zunächst ist die Frage interessant, woher die „Leipz. Volkszeitung“ auf einmal erfahren haben soll, daß das Datum, daß sie am Tage vorher selbst noch für fehlerhaft hielt, richtig sei. Es ist nur anzunehmen, daß der Briefstehler oder der Briefgeher, der die gemeine Intrigue inventiert hat, der „Leipz. Volksztg.“ die Mitteilung über die angebliche Richtigkeit der ursprünglichen Datierung des Briefes gemacht hat. Ist dies aber der Fall, so muß jener Briefstehler entweder den Originalbrief noch zur Hand haben oder doch mindestens irgend welche Gelegenheit zur Nachprüfung haben; denn wenn er nur eine Abschrift zur Hand hat, so kann er bei dieser Abschrift sich ebenso verschrieben haben, wie auch, um das nebenbei zu sagen, die Möglichkeit einer Verschreibung seitens des Herrn Bued vorliegt. Die ganze Datierungssache und die Art, wie sie jetzt verwendet wird, muß nachgerade den blindesten und blödesten Politiker davon überzeugen, daß es sich um weiter nichts handelt, als um eine ebenso gemeine wie grobe Intrigue.“

Verschrieben hat sich in der That jemand; der Empfänger der 12 000 Mark hat sich mit Kopf und Kragen „der Industrie“ verschrieben. Weiter wiederholt dann die „Deutsche Tageszeitung“ die Wendung aus dem ersten Akt der Bued-Affäre, daß das Reichsamt des Innern nicht nötig habe, sich zu äußern:

„Ob das Reichsamt des Innern Gelegenheit nehmen werde, sich gegen diese neueren Ausstreuungen zu verteidigen, muß abgewartet werden. Für unmittelbar notwendig halten wir das nicht, weil die Verschuldigungen so gegenstandslos sind und so in der Luft schweben, daß es kaum möglich ist, eine sachliche Verichtigung irgendwie zu verschaffen. Wollen aber die socialdemokratischen Heisterdieser und ihre sie am Gängelband führenden Hintermänner, daß ihre neueren Verschuldigungen ernst genommen werden, so müssen sie mit greifbaren Thatsachen vor die Öffentlichkeit treten, nicht mit dunklen Andeutungen, die das Gepräge des Gemachten an der Stirn tragen.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ stellt sich übermäßig dumm. Ist das wirklich noch keine „greifbare Thatsache“, wenn wir klipp und klar die Behauptung aufstellen: Der Bued-Brief bezieht sich nicht auf eine Agitation im Sommer 1899, wie die amtliche Korrespondenz behauptet, sondern auf eine „Agitation“ im August 1898. Aber die „Deutsche Tageszeitung“ scheint zu wünschen, daß das Reichsamt des Innern die Sache schweige, damit es nicht wieder — aus dem Schatz seiner Erfahrungen — sich einer Schuld zeige, deren es gar nicht angeklagt war und von der wir gar nichts wußten.

Nur der konservative „Reichsvote“ ist klug genug, volle Aufklärung zu verlangen:

Jeder reichstreuere Bürger muß dringend wünschen, daß die Sache seitens der Regierung rückhaltlos klargestellt werde; trifft das Reichsamt keine seine Integrität verletzende Schuld, so kann desto leichter und wirksamer der socialdemokratischen Agitation entgegen getreten werden, und es liegt im Interesse der Regierung und des Reiches, daß dieser Agitation sobald als irgend möglich ein Ende gemacht wird. — haben aber die Herren im Reichsamt die ihnen zur Last gelegten Fehler begangen, so erscheint es das Staatsinteresse, daß die Regierung die Klärung der Sache selbst übernimmt und es nicht der übertriebenden oder entstehenden socialdemokratischen Umschulung überläßt; trifft die in Betracht kommenden Beamten eine Schuld, so können sie selbstverständlich nicht in einem solchen, ein hohes Maß von Vertrauen erfordernden Amte bleiben; denn daselbst muß integer erhalten werden. So sehr man wünschen muß, daß die an der Spitze des Reichsamts stehenden Männer in ihren Aemtern bleiben können, zumal jetzt, wo es sich um Fragen handelt, wie die Zollfragen, in deren Detail sie sich seit längerer Zeit eingearbeitet haben, so geht doch die Integrität des Amtes über alles. Beamte, denen diese Eigenschaft fehlt, sind in so hohen Aemtern einfach unmöglich, zumal als Vertreter der Regierungspolitik im Parlament, wo die Oppositionsparteien es ihnen jeden Augenblick ins Gesicht sagen würden, daß man kein Vertrauen zu ihnen haben könne. Und wenn die positiven Parteien solche unlaute Dinge beschönigen und verteidigen wollten, was aber nicht zu erwarten ist, so würden sie die Sache des Staats nur noch verschlimmern. Was nicht zu billigen ist, das darf man auch nicht zu billigen versuchen, sonst läßt man selbst einen Teil der Schuld auf sich — und es geschähe heute den Umschulungsparteien nur der größte Gefallen, wenn von den staatsverhaltenden Parteien Dinge, die nicht rein sind, in Schutz genommen würden; denn das würden sie nur dazu ausnutzen, auch diese Parteien mit der schuldigen Sache in Verbindung zu bringen und zu verdächtigen.“

Das Blatt schließt mit der dringenden Aufforderung nach einer rückhaltlosen Klärung der Sachlage:

„Beamte wie Graf Posadowsky, welche bezüglich ihres Eintretens für die Interessen der Arbeiter ein so gutes Gewissen haben können, sollten nicht einen Augenblick zögern, einen solchen Fehler, wie den ihm zur Last gelegten, offen darzulegen. Alles Verdunkeln könnte die Sache nur verschlimmern.“

Bisher ist auf konservativer und Regierungsseite keinerlei Reizung hervorgetreten, in den Reichstagen zu stehen. Die Reinigung scheint eben unmöglich. Die Lawine ist im Rollen. Ganz im Gegenteil schlagen sich auch die Liberalen, die anfangs teilweise Reinigungsbedürfnisse zeigten, jetzt in das Lager der Verschuldigungsgenossen; die Angelegenheit wird ihnen jetzt zu kompromittierend für das ganze System. Die liberale „National-Zeitung“, die eben noch mit der eignen parteiologischen „National-liberalen Korrespondenz“ in Fehde gelegen, weil diese den 12 000 Mark-Deuten Heisterdienste geleistet, fällt heute selbst um — sofern das nicht eine berechnete Taktik sein sollte —, indem sie schreibt:

„Es bleibt abzuwarten, was seitens des Reichsamts des Innern hierauf erwidert wird. Was auf weiteres glauben wir nicht, daß die halbamtliche Erklärung in der „Verl. Kor.“ in einer Art abgegebene worden, die ebenso unklar wie unehrlich gewesen wäre — mühte doch vorausgesehen werden, daß eine etwaige Entstellung des Sachverhalts alsbald zu neuen Enthüllungen von socialdemokratischer Seite führen würde. Wir messen bis auf weiteres der Erklärung in der „Verl. Kor.“ mehr Glauben bei, als einem unbedenklichen Gewährsmann des Leipziger socialdemokratischen Blatts. Der „Vorwärts“ bemerkt die unbewiesene Behauptung, daß es sich um zwei verschiedene Fälle der Inanspruchnahme des Centralverbands für socialpolitische Agitationszwecke handele, um von neuem von dem deutschen „Panama“ zu reden; wenn nicht im Jahre 1899, so seien doch im Jahre 1898 unehrenhafte Dinge vorgekommen. Dafür ist nicht die Spur eines Beweises beigebracht. Die Angelegenheit steht nach wie vor so, wie sie von Anfang an beurteilt werden mußte. Das Reichsamt des Innern hat einen schweren Mißgriff begangen; von einem „Panama“ zu reden, ist aber sinnlos.“

Die Frage, an der die „National-Zeitung“ ängstlich vorbeist, ist aber die, ob der „Schwere Mißgriff“ im Jahre 1898

oder 1899 begangen worden ist. Hat denn auch die „National-Zeitung“ keine Verbindungen mehr mit Herrn Bued oder will sie diesmal nur vermeiden, mit Rücksicht auf die Agrarier, allzu deutlich ihre Genugthuung zu äußern? Allerdings war die „National-Zeitung“ auch halb und halb Freund der Zuchthausvorlage, warum sollte sie nicht auch ihre Entziehung über die Korruption nach den Vorschriften des liberalen Dualismus halbiert?

Am auffälligsten aber benimmt sich wieder das Centralorgan des Centrums; für die „Germania“ existiert der Fall gar nicht mehr, es übertrifft an Schweigsamkeit fast die „Post“ und die „Berliner Neuesten Nachrichten“. Das Centrum, das socialpolitisch „vorgeschriftene“ Centrum ist in seinem agrarischen Fanatismus nun so weit entartet, daß es der schlimmsten Korruption der Scharfmacherei Vorschub leistet. Es paßt ganz gut zusammen: der katholische Klerus schiebert den Panmstrahl gegen die katholische Arbeiterbewegung und das Centrum hat nichts Besonderes gegen das dienlich-finanzielle Verhältnis einzunehmen, in das die Regierung den Scharfmachern gegenüber getreten ist.

Am Sonntagmorgen war in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ die folgende offiziöse Kundgebung zu lesen:

„Die Münchener „Allgemeine Zeitung“ schreibt:

„Die Karren werden aufgedeckt“ die Behauptung, daß die Veröffentlichung des Schreibens Bued's vielleicht zu dem Zweck erfolgte, den für manche Kreise unangenehmen Grafen Posadowsky zu stützen. Wir sind natürlich nicht in die Geheimnisse der Herkunft dieses Schriftstücks eingeweiht und wissen daher auch nicht, ob es sich wieder nur um Sensationsmacherei mit entwendeten Schriftstücken handelt; oder ob wirklich Hintermänner vorhanden sind, die noch einen besonderen Zweck mit dem begangenen Vertrauensbruch verfolgt haben. Bage wirklich die Absicht vor, Posadowsky zu stützen, so würde dieser Erfolg voraussetzlichlich nicht in Erscheinung treten. Denn wir glauben bestimmt zu wissen, daß Reichsminister Graf Billow alsbald nach seiner Ernennung dem Grafen Posadowsky die Hoffnung ausgedrückt hat, daß ihm dessen hervorragende Erfahrung und Sachkenntnis bei Führung seines verantwortungsvollen Postens zur Seite stehen werde.“

Dies „voraussetzlichlich“ ist ein köstlicher stilistischer Einfall des Blatts, das vorsichtigerweise bemerkt ist, auch den Eventualitäten gerecht zu werden, die eine nahe Zukunft bringen kann. Das offiziöse Organ wechselt schnell seinen Herrn, es läßt darum immer Kreuze unter Vorbehalt. Voraussetzlichlich wird Graf Posadowsky in Amt und Gehalt bleiben. Aber wer kann Gewisses wissen — das geht über norddeutschen allgemeinen Menschenverstand.

Fassen wir zusammen: Was jetzt ist keine Rechtfertigung auf die schwere Anklage erfolgt, welche die Socialdemokratie auf neue erhoben hat. Nicht einmal ein erster Versuch der Wiederlegung und Aufklärung ist unternommen worden. Alle direkt Beteiligten schweigen, alle Wissenden schweigen — mit Ausnahme der Socialdemokratie.

Glaubt man wirklich, durch Schweigsamkeit das verlorene Spiel retten zu können! Man würde einen solchen Versuch nicht wagen, hätte man nur ein wenig Kenntnis von den Empfindungen und Stimmungen des Volks; keine Minute würde man unruhig verstreichen lassen. Das können wir den Herren versichern, denen plötzlich — ganz gegen sonstige moderne Gewohnheit — die Junge den Dienst verläßt: Niemals zuvor ist die Arbeiterklasse so in ihren tiefsten Tiefen aufgewühlt worden, wie durch diese Enthüllungen über die finanziellen Geheimnisse der Zuchthausvorlage.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Oktober.

### Der Chinesische Rahenjaner.

China ward verstanden als das Märchenland, aus dem Europa gewaltige Reichtümer gewinnen werde. In China sollte die europäische Thätigkeit sich ungemessen entfalten. In widerwärtiger Begeisterung wurde der Kreuzzug gegen China unternommen, da die Chinesen sich erkühnten, den europäischen Ueberfall nicht in christlicher Demut ertragen zu wollen. Wie übermäßig traten noch vor wenigen Monaten die mehr oder weniger alldeutschen Uebersee- und Weltpolitiker auf und wie annähernd glaubte man die Warnungen der socialdemokratischen Presse verleumden zu dürfen.

Das alles ist heute ganz anders. Der Raub ist im Verfliegen und das große graue Elend naht. Gar nicht mehr heroisch, so ländigt die „Allg. Ztg.“ an, werde das Auftreten der Regierung sein, wenn der Reichstag zusammentritt. Die Regierung wird in aller Weisheitheit um die Rücksicht des Parlaments bitten. Kann sie doch die von ihr verübte Mißachtung der Reichstagsrechte nicht einmal durch den Schein eines glücklichen Erfolgs verschönen.

Und immer neue Zeugnisse werden erbracht, welche die ganze Lächerlichkeit der Chinesenoffensiven offenbaren und geeignet sind, auch die hitzigste Ueberseebegeisterung auf den Gefrierpunkt herabzusinken.

Wir citieren bereits, wie sich Sir Robert Hart in der „Fortnightly Review“ über das chinesische Problem äußert. Unsere Weltpolitiker sehen mit Erschrecken, daß dieser hervorragende Chinesenkenner, dessen Autorität sie selbst stets feierten, Anschauungen über das Vorgehen Europa's in China äußert, die denjenigen sehr nahe kommen, wegen denen man uns mit unerhörten Schandungen verfolgt hat. Die „Londoner Times“ haben allerdings bereits die Möglichkeit entdeckt, wie sie sich an diesem peinlichen Wahner vorbeistehlen können; Sir Robert Hart, sagen die „Times“, habe sich so intensiv mit dem Chinesentum beschäftigt, daß er ganz in seinen Bannkreis gezogen und ein „fatalistischer Oriental“ geworden sei.

Wir vervollständigen die von uns schon wiedergegebenen Äußerungen Harts nach einem uns vorliegenden Auszuge seines Artikels noch durch folgende sehr beachtenswerte Bemerkungen:

Sir Robert Hart spricht in dem Artikel die Ueberzeugung aus, daß die Vorerhebung eines Tages triumphiert hätte. Er giebt zu, daß die Bewegung das Ergebnis antlicher Inspiration sei, aber zugleich doch auch der Ausfluß des einen Gefühls, welches in China allgemein vorherrscht: Stolz auf chinesische Einrichtungen und Verachtung für die fremden Institutionen. Es ist das, erklärt Sir Robert Hart, eine rein patriotische Freiwilligenbewegung, die den Zweck verfolgt, China zu stärken und einem chinesischen Programm zum Siege zu verhelfen. Die 400 Millionen Chinesen, sagt Hart, betrachten die Beziehungen zur übrigen Welt, in die sie durch oktroyierte Verträge hineingezwungen worden sind, als Demütigung. Sie erblicken in denselben keinen Vorteil und erwarten sehnsüchtig den Tag, an dem sie stark genug sein werden, zu ihrem früheren Leben zurückzukehren und den Verkehr mit den Fremden sowie deren Einmischung abzuschaffen. Die Rebellion beweise, wie sehr das Volk bereit sei, einem solchen Ruf zu folgen. Die Woge der Zukunft, fährt Hart fort, werden die besten Waffen haben, die für Geld zu bekommen sind, und dann werden sie ihre Pläne allen Ernstes ausführen: christliche Konvertiten und das Christentum selber andröten, um das Land vom anfaulenden Einfluß eines fremden Kultus zu befreien. Den Fremden selber, meint Hart, werden die Chinesen keine leibliche Unbill zufügen, nur aus dem Lande hinausjagen werden sie dieselben, um China von fremden Uebergriffen, fremder Ansetzung und Demütigung

zu säubern.“ Die Kinder und Kindeskinde der heutigen „Freiwilligen“ werden, sagt Hart, zu diesen Bestrebungen aufgezogen werden und sie werden in aller Wahrscheinlichkeit erfolgreich sein. In fünfzig Jahren werden Millionen gebrillter und wohlbewaffneter Wogezur Verfügung der chinesischen Regierung stehen und die Zukunft der Welt gefährden. Nur eine Teilung Chinas oder eine wunderbare Verbreitung des Christentums in seiner besten Form könnte nach Ansicht Harts diese Katastrophe abwenden. Beides aber erscheint er als außer dem Bereich der Möglichkeit liegend. So gelangt er zu dem Schlusse, daß der gegenwärtige Aufstand bezichtigt werden und die Mandchu-Dynastie mit allen Kräften unterstützt werden müsse.

Aus den Anschauungen Robert Harts sind aber sicherlich außer der Folgerung, daß der letzte Aufstand nicht durch eitel Nachforderungen beantwortet werden dürfe, noch weitere Schlüsse zu ziehen. Eine sorgfältige Prüfung der Methoden ist nötig, vermittelst deren die europäischen Staaten, der europäische Kaufmann, Missionar und Diplomat sich der chinesischen Welt zu nähern versuchen. So lange die chinesische Bevölkerung berechtigt ist, im Eindringen der Fremden Uebergriffe und Demütigungen zu empfinden, so lange sind die großen Gefahren, die Robert Hart anzeigt, unaussprechlich.

Nicht uninteressant sind ferner einige Bemerkungen, die sich in einem „Stimmungsbericht aus Shanghai“ des „S. L. W.“ finden. Der Korrespondent dieses Blatts ergeht sich zwar reichlich in kriegerischen Drohungen gegen das rebellische China, doch sind ihm allerlei Bedenken aufgefallen, ob aus China wirklich so viel „zu holen“ sein werde, wie man bei und anzunehmen pflegt. Der Korrespondent schreibt:

„China mit seiner bedürftigen Bevölkerung ist nicht der große Markt für europäische Waren, als der es so lange galt. Wohl mögen einige wenige hier große Vermögen erworben haben, aber ihre Zahl wird immer geringer, denn was diese Wenigen thaten, was sie konnten, das ihnen so gut bezahlt wurde, das hat ihnen der Chinese längst abgekauft und er wird nun selbst reich, statt den Europäern den Gewinn zu überlassen. Es wird nicht bedacht, daß der Chinese, sollte er in der That zum Beispiel in das Wesen unserer Industrie tiefer eindringen, bei seiner natürlichen Begabung für alle mechanischen Verrichtungen, seinem außerordentlichen Nachahmungstrieb und seinem überaus billigen Arbeitsmarkt bald die europäischen Konkurrenten aus dem Felde schlagen und, statt als Konkurrent fremder Waren als siegreicher Konkurrent auf dem Weltmarkt in Wettbewerb treten dürfte.“

Gott sei Dank, daß dieser Fremdenhaß, diese Verachtung alles Nichtchinesischen besteht, sonst würde sich die Konkurrenz Chinas schon längst sehr empfindlich bemerkbar gemacht haben, Gott sei Dank, daß der Chinese alle unsere Erfindungen mit einem überlegenen Lächeln von sich weist und unsre Waren verschmäht, sonst dürften wir bald auf dem Gebiete der Industrie erleben, was der Kaufmann in China schon jetzt erfährt, nämlich, daß selbst der Europäer den chinesischen Händler dem eignen Landmann vorzieht. Selbst die fremden Regierungen bevorzugen schon jetzt in Shanghai einen Chinesen — er nennt sich Cheap Lad — als Lieferanten für ihre Kriegsschiffe und die Geschäfte, die dieser unter andren auch mit der deutschen Marine macht, belaufen sich auf Millionen. Wie gesagt, wir können recht froh sein, daß der bedürftige Chinese, der von Reis und Thee lebt und französischen Champagner und holländische Aukstern verschmäht, für unsre Dampfmaschinen und elektrischen Erfindungen nur das Lächeln über eine läbliche Spielerei hat. Ein Bedürfnis dafür existiert nur im europäischen China, nicht aber im Innern, wo die ungezählten Millionen konservativer Mongolen haufen, wo die menschliche Arbeitskraft so ausgebildet ist, daß sie selbst die Hilfe der Arbeitstiere entbehren kann.“

Europa wird gut thun, seine Chinapolitik von Grund auf zu revidieren! —

Der Etat für das Reichs-Schatzamt ist dem Bundesrat vorgegangen. Für die Verwaltung und Unterhaltung des Kaiserpalastes in Straßburg sind 24000 M. ausgeworfen, als Beitrag zur Deckung der laufenden Ausgaben der Universität Straßburg 400 000 M. Der Dispositionsfonds des Kaisers zu Gnadenbewilligungen ist wie immer auf 3 000 000 M. festgesetzt. Zu Prägekosten und sonstigen Ausgaben für die Unterhaltung des Münzumschlages sowie zu Prämien für die Entdeckung von Münzverbrechen sind 2 155 000 M. angesetzt. Im Extra-Ordinarium sind 100 000 M. gefordert zur Einrichtung einer elektrischen Beleuchtungsanlage im Kaiserpalast zu Straßburg.

Die Ueberweisungen an die Bundesstaaten sind angelegt auf 570 933 000 M., das heißt 55 993 000 M. mehr als für das Jahr 1900, und zwar aus dem Ertrag der Bölle und der Tabaksteuer 300 995 000 M., aus dem Ertrag der Reichs-Stempelabgaben 100 170 000 M., aus dem Ertrag der Verbrauchsabgabe für Branntwein 109 768 000 M. —

Chalkopocle. Der Ederfelder „Freien Presse“ teilt ein Leser mit, daß als Dekoration sich längst an einem Hause Ederfelds ein Schild befand mit einem Wilde, auf dem ein Deutscher einen Chinesen über's Arme zieht und ihn gründlich verhaut. Unter diesem Bild stand folgende geschmackvolle Aufschrift:

Warte nur, Du Viech,  
Du wirst noch gelüpft und gespießt.  
Man sieht, wie der Chalkopocle den Geschmack verfeinert und das Gemitt veredelt! —

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ äußert auch eine eigene Meinung über den Bued-Brief, freilich an sehr verdorbenem Orte. Ueber das Feuilleton der Sonntagsnummer sagt sie nämlich als Motto folgenden Satz von Jean Paul: „Je mehr Schwäche, je mehr Länge; die Kraft geht gerade.“ —

Aus dem Reiche Hülfe. Das Amtsgericht Kottbus veröffentlicht folgende Bekanntmachung vom 25. Oktober 1900:

In unserm Firmenregister ist unter Nr. 888 bei der Firma „Evangelische Vereinsbuchhandlung“ folgendes vermerkt: Die Vorstandsmitglieder Philipp Schwarzkopff, Wetter und Fahrenhorst sind aus dem Vorstande ausgeschieden. Dafür sind in den Vorstand eingetreten: Affessor Dr. Gerlach, Baurat Ernst Schwarzkopff und Redacteur Dr. Pantow. Vorsitzender ist Professor Dr. Laffon, sein Stellvertreter ist Dr. Gerlach.

Die obige Firma ist augenscheinlich eine Filiale des Hülfe-Woedleschen Unternehmens zur Hebung der Scharfmacherei. Den Herrn Fahrenhorst aber scheint man nicht mehr für würdig zu halten, im Vorstand des frommen Geschäftes zu sitzen. —

Militärjustiz. Das Militärgericht der Offestation in Kiel verurteilte den Wafrosenartilleristen Hohl, der in der Trunkenheit seinen Vorgesetzten, den Signalmaaten Reig, durch einen Faustschlag niedergeworfen und die Wache mit gezücktem Messer bedroht hatte, in öffentlicher Sitzung zu sechs Jahren Gefängnis. —

Die Breslauer Landtagswahl. Bei der am Montag stattgefundenen Wahl von drei Abgeordneten wurden dieselben liberalen Kandidaten gewählt, deren Mandate im März d. J. von der Majorität des Abgeordnetenhauses für ungültig erklärt worden waren, nämlich die Herren Schmieder, Gothein, Wetekamp. Die Konservativen und Liberalen hatte vergeblich versucht, Wahlmänner sei es durch Drohungen, sei es durch Versprechungen zu beeinflussen. Schmieder erhielt 650, sein Gegenkandidat, ein Centrumsmann, 615 Wahlmänner-Stimmen; die Majorität des freisinnigen Kandidaten ist von 17 im Jahre 1898 auf 35 gestiegen. Gothein erhielt eine Majorität von 44 Stimmen gegen 21 im Jahre 1898. Für Wetekamp liegen die genauen Zahlenangaben noch nicht vor.

Die Kandidaten der freisinnigen Parteien hatten gegenüber unseren Parteigenossen die Erklärung abgegeben, daß die folgenden Punkte demjenigen politischen Standpunkte entsprechen, den sie gegebenenfalls im preussischen Landtage vertreten würden:

1. Einführung des allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zum Landtage, Verbesserung des Wahlrechts zur Gemeinde, insbesondere Befreiung der öffentlichen Abstammung und der Klassenwahl.
2. Volle Selbstverwaltung der Gemeinden und der Gemeindeverbände.
3. Volle Sicherung der Vereins- und Versammlungsfreiheit.
4. Befreiung der Gefinde-Ordnung und volle Sicherung der Freizügigkeit.
5. Besserung der Arbeiterlöhne und Mäßigung der Arbeitszeit in den staatlichen Betrieben.

Die sozialdemokratischen Wahlmänner haben infolge dieser Erklärungen, entsprechend einem wiederholt gefaßten Parteibeschluß geschlossen für die liberalen Kandidaten gestimmt.

Die Breslauer Genossen werden die Tätigkeit der von neuem gewählten freisinnigen Herren im Abgeordnetenhaus aufmerksam begleiten. Sie haben ein Recht zu fordern, daß die Erklärungen der Herren nicht leere Worte bleiben.

Zum Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt ist das langjährige Mitglied des letzteren, der Wirkliche Geheim Legationsrat Dr. v. Mühlberg ernannt worden.

In Kaukasien waren Unruhen ausgebrochen. Es wird mitgeteilt, daß am 23. Oktober seitens der Deutschen ein Dorf namens Kelen in Erfahrung gebracht sei. Dieses Dorf sei der Sammelplatz der „Kaufleute“ gewesen. Die Erklärung zeigt „gute Wirkung“. Durch was die gute Wirkung erzielt worden ist, wird nicht mitgeteilt; in den Kolonien wird gewöhnlich eine mehr oder weniger große Anzahl der Einwohner niedergemacht und damit ist die „Ruhe wieder hergestellt“. Ob man in den „Pachtungen“ ebenso verfährt, ist, wie gesagt, noch nicht festgestellt.

## Ausland.

### Frankreich.

Eine Programmrede Waldeck-Rousseau. Bei dem am Sonntag von der Douloise Municipalität dem Ministerpräsidenten Waldeck-Rousseau gegebenen Bankett hielt dieser seine längst angekündigte Rede. Er gab einen Überblick über die Tätigkeit seines Ministeriums. Er führte u. a. aus:

Die Aufgabe war schwer; die Zustimmung der gewählten Körperschaften beweist es ebenso wie das Zusammenkommen der 22 000 Wähler, welches das Jahrhundert mit der glänzendsten Woche schloß, die jemals einer Regierung zu teil wurde. Das Werk, welches eine solche Bewegung hervorrief, konnte nur das Werk aller Republikaner sein. Redner gibt sodann ein Bild von der Lage beim Amtsantritt des Kabinetts und fährt fort: Man hätte bei der Zusammensetzung des Kabinetts ein Unrecht begehen können, wenn man die einträchtigen Elemente vereinigte und diejenigen ausschloß, die das Kabinett entzweiigen konnten, man schuf deshalb ein Werk der republikanischen Vereinigung, welche soziale Reformen in sich schließt. Es haben zahlreiche Ausstände stattgefunden; den ernstesten hat die Regierung geschlichtet. Was die Dreifus-Affaire betrifft, so hat die Regierung die Lösung derselben der vollkommenen Unabhängigkeit des Richters anvertraut, dessen Urteile respektiert wurden. Hierauf wurde aber auch der Menschlichkeit genügt durch Maßregeln der Gnade; die Regierung beabsichtigt beim Senat ein Gesetz der Tilgung, das endgültige Verurteilung schaffen soll, und wird ein solches Gesetz bei der Kammer beantragen.

Redner kam dann auf die auswärtige Politik zu sprechen und führte aus: Nach außen hin hat unsere Lage sich geklärt. Als die Ausstellung eröffnet wurde, hielt die Regierung zur Verhinderung der Arbeit einen Waffenstillstand für nötig, und alle Völker konnten eine Bilanz des Fortschritts der Wissenschaften und des sozialen Fortschritts ziehen. Jetzt aber bedrohen noch zahlreiche Gefahren die Republik; um sie zu bekämpfen, wird die Regierung eine republikanische Aktionspolitik vertreten. Sie wird vor allen Dingen ihr Vertrauen nur denen zuwenden, von welchen sie entschlossene, loyale Mitarbeit erwarten darf.

Das Ziel einer Politik der republikanischen Aktion muß sein, der Demokratie vernünftige Einrichtungen zu geben, die sich dem Ideal der Revolution möglichst nähern.

Redner zählt dann die Arbeiten auf, welche den letzten Teil der Legislaturperiode der Kammer ausfüllen sollen und betont besonders das Gesetz über die Vereine. In dieser Beziehung müsse man der Gefahr zu begegnen suchen, die daraus erwachse, daß sich in einer demokratischen Gesellschaft immer mehr eine Vereinigung entwickle, welche darauf ausgehe, unter der Maske einer religiösen Einrichtung in den Staat eine politische Körperschaft einzuführen, welche bezwecke, völlige Unabhängigkeit zu erlangen und alle Autorität an sich zu ziehen. Redner weist dann auf das Eindringen der Kongregationen in das Unterrichtswesen hin. Diese Kongregationen, sagt Waldeck-Rousseau, haben sogar die Miththeit, sich über die Anordnungen der Würdenträger der Kirche hinwegzusetzen, welche sich nicht zu ihren Befehlen machen wollen. Den Kongregationen ist es zuzuschreiben, wenn die Jugend in zwei Teile zerfällt wird, die nebeneinander aufwachen, ohne sich zu kennen, bis sie sich eines Tages so unähnlich wiederfinden, daß sie Gefahr laufen, sich gegenseitig nicht mehr zu verstehen. Das sind die Folgen, wenn sich im Staate eine mit diesem rivalisierende Macht aufträgt. Waldeck-Rousseau spricht dann ausführlicher über die Arbeiter-Altersversorgungskassen und schließt mit den Worten: „Die Krisis, die wir soeben überstanden haben, war eine Krise des Wachstums. Wir haben die einen Augenblick gestörte Eintracht wieder errungen. Eine große demokratische Partei konnte sich bilden mit dem Wahlspruch: Größere Geschäftigkeit der Regierung, größere Festigkeit der Staatseinrichtungen, mehr Freiheit, Brüderlichkeit und Gerechtigkeit!“ Nach Beendigung der Rede sollten die Anwesenden dem Redner lebhafte Beifall und brachen in die Rufe aus: „Es lebe Waldeck-Rousseau! Es lebe die Republik!“

Die französische Presse beurteilt die Rede Walbeds sehr verschieden. Die republikanischen Blätter äußern ihre lebhafteste Befriedigung und heben mit besonderem Nachdruck die gegen die politischen Freiheiten der Kongregationen und ihre Tätigkeit im Unterrichtswesen gerichteten Stellen hervor. Die sozialistischen Organe erklären, von der Rede enttäuscht zu sein; insbesondere seien die Ausführungen über die sozialen Reformen unbestimmt und zaghaft. Man habe fast den Eindruck gewonnen, als ob der Ministerpräsident sich verabschiedet hätte, das Verbleiben Millevand im Kabinett zu entschuldigen. Die nationalistischen Blätter meinen, die Rede habe nichts Bemerkenswertes gebracht; sie sei nur ein neuer Beweis dafür, wie wenig es dem Ministerium um wirkliche Verbilligung der Gemüter zu tun sei. Die Regierung wolle eine Amnestie für die Anhänger von Dreifus, aber nicht für Drouot. Sie verlege überdies die Mehrheit der Katholiken durch die Verfolgung der Kongregationen.

Das Ende der Lohnflaute. Nach Millerand hat sich der französische Kammerpräsident Deschanel in einer Rede, die er in Bordeaux hielt, dahin ausgesprochen, daß die Zeit der Lohnflaute eine vorübergehende sein werde. Die Lohnarbeit, so sagte er, ist, wie die gegenwärtige Ordnung der Dinge überhaupt, eine vorübergehende Erscheinung. Ganz gewiß, die gegenwärtige Ordnung der Dinge bedeutet einen großen Fortschritt gegenüber früheren Zuständen, aber sie wird sich umgestalten, um einer höheren Stufe zu weichen, einem Zustande Plag zu machen, wo die Menschen, welche produzieren, nicht mehr in einem Abhängigkeitsverhältnis zu einander stehen, sondern in einem offenen, selbstverhältniß; bei der dann obwaltenden Gleichheit und Gleich-

berechtigung wird der eine nicht mehr das Werkzeug in der Hand des anderen sein.

Das Ende des Kapitalismus und damit das Ende der Lohnflaute sagt also auch Deschanel voraus.

## Belgien.

Die Regierungen dreier Länder gegen einen Jungen. Wir berichteten in der Sonntagsnummer von der Verhaftung Sipidos in Paris. Sipido hatte desamtlich den Dummengunstigen, nämlich das Atentat auf den Prinzen von Wales, ausgeführt. Das Gericht hatte ihn freigesprochen, jedoch verfügt, daß er einer Besserungsanstalt überwiesen werden solle. Dieser Ansicht hatte sich Sipido durch die Flucht entzogen. Wie es heißt, sei die englische Regierung sehr unzufrieden gewesen mit dem Urteil der belgischen Richter und die belgische Regierung sei bemüht, die Engländer wieder zu veröhnen. Fast hat es den Anschein, als ob diese schon öfter ausgesprochene Vermutung belgischer oppositioneller Blätter zuträfe, wenn man die Berichte über die Verfolgung Sipidos liest.

Sipido war freigelassen worden und hatte die Freiheit denikt, um sich ins Ausland zu flüchten, da er begreiflicherweise keine Lust hatte, in die Besserungsanstalt zu gehen. Er ging nach Paris und, wie der „Brüsseler Peuple“ in der Lage ist mitzuteilen, hat er seitdem fast immer Arbeit gehabt. Er wohnte in Paris bei seinem Onkel und war als Klempner tätig. Wegen Mangel an Aufträgen wurde er aus dem Betrieb „Auer“ vor nicht langer Zeit entlassen und konnte bisher trotz aller Mühe, die er sich gab, noch keine Arbeit wieder finden.

Nach den Versicherungen des Onkels ist Sipido nicht bloß fleißig und arbeitsam gewesen, er hat auch auf Kuraten desselben kleineren Versammlungen besucht. Der offizielle Telegraph aber meldet, Sipido habe in Paris Beziehungen zu den Anarchisten unterhalten und sich während des internationalen Sozialistenkongresses an mehreren Kundgebungen beteiligt. Man habe ihn in Paris für einen Anarchisten der That gehalten und die französische Regierung habe wahrscheinlich wegen seines Verhaltens seiner Auslieferung nach Belgien zugestimmt.

Diese Darstellung klingt im höchsten Grade unwahrscheinlich. Durchaus falsch ist, Sipido sei deswegen ausgeliefert worden, weil er als Anarchist bekannt geworden sei. Die französische Regierung stützt sich vielmehr auf einen Vertrag, wonach Belgien und Frankreich Kinderjährige sich angeblich gegenfeitig auszuliefern haben. Die „Petite République“ bezeichnet die Verhaftung Sipidos, die übrigens durch belgische und französische Polizei vorgenommen wurde, als einen Bruch des freien Ausfuhrrechts. Sipido ist während seines Aufenthalts in Paris fortgesetzt von Geheimpolizisten verfolgt worden.

Es ist in der That schwer zu begreifen, warum sich die belgische Regierung so außerordentliche Mühe gegeben hat, dieses jungen Manns habhaft zu werden, dessen That von aller Welt als ein Dummengunstigen betrachtet wird.

## Spanien.

Die Karlisten sind, wie es scheint, wieder an der Arbeit. Aus Madrid wird vom 29. Oktober gemeldet: In Sabadonia (Provinz Barcelona) verfolgten Gendarmen eine Schar von 24 karlistischen Parteigängern und töteten einen derselben. Der karlistische General Soltau und eine andre Person wurden festgenommen unter dem Verdacht, gemeinsame Sache mit den karlistischen Parteigängern zu machen.

## Afrika.

Vom Kriegsschauplatz Keren heute wiederum Nachrichten vor, welche zeigen, daß von einem vollständigen Frieden noch lange keine Rede sein kann. Die Boeren noch 15 000 Mann regulärer Truppen im Felde haben, davon beinahe die Hälfte in der Orange-River-Kolonie. Die „Daily Mail“ meldet vom 27. d. Mts. aus Kapstadt: Die Kappolizei-Truppe hatte am 24. d. M. in der Nähe von Hoopstad mit zwei Boerenkommandos ein ernstes Gefecht. Die britische Truppe hatte zwei Schnellfeuer- und Maschinengewehre. Die Boeren unter Dutoit, Blijson, Potgieter und Devilliers griffen in der Stärke von 10:1 zweimal an, umzingelten die britische Truppe allmählich, indem sie ihr große Verluste beibrachten, und richteten ihr Feuer hauptsächlich auf die Maschinengewehre, die aufgegeben wurden. Die Polizeitruppe wurde kurz vor Eintritt der Dunkelheit durch Feuerschloß vertrieben. Die Engländer hatten 7 Tote und 11 Verwundete; 11 wurden gefangen genommen.

Präsident Krüger wird am 11. November in Marseille erwartet. Er begibt sich von dort über Lyon nach Paris.

Ueber einen neuen Versuch Dewets, in Orange einzudringen, meldet Roberts aus Pretoria vom 20. Oktober:

General Dewet bemühte sich, nachdem ihm General Barton am 25. Oktober bei Frederikstad abel mitgepielt hatte, den Baal wieder zu überschreiten. Da er den Weg aber versperrt fand, ging er nach der Vindogues-Drift weiter. In der Nähe der Vindogues-Drift stellte ihn General Anox. Die Boeren suchten nach Südrufen zu entkommen, aber die von Anox entsandten berittenen Truppen voten ihnen die Spitze. Die Boeren wandten sich dann nach Paris. Sie hatten starke Verluste und ließen zwei Geschütze und drei Wagen in den Händen des Generals Anox. Die eintretende Dunkelheit und ein heftiger Sturm setzten der Verfolgung ein Ziel. Die Engländer erlitten keine Verluste.

## Amerika.

Zur Präsidentenwahl. Bryan macht in den letzten Tagen große Anstrengungen. Am letzten Sonnabend folgte er einer Einladung der Nationalvereinigung der demokratischen Klubs. Die Versammlung gestaltete sich zu einer großartigen Demonstration für den Führer der Demokraten. Am Sonntag hielt Bryan Ansprachen in einer Massenversammlung im Madison Square Garden und in fünf kleineren Versammlungen; in einer derselben sprach er zu 4000 Italienern, in einer andern zu 3000 Deutschen, Amerikanern. In der letztgenannten Versammlung erklärte Bryan, was die Finanzfrage betreffe, so stehe er auch heute noch auf dem Standpunkt, den er 1896 eingenommen; nichtsdestoweniger sei gegenwärtig der Imperialismus die Hauptstreiffrage. Die Zahl der Führer in diesen Versammlungen belief sich insgesamt auf 50 000 Personen; etwa 150 000 waren in den Straßen, wo die Meetings abgehalten wurden, versammelt.

Auf den Philippinen. Aus Washington wird unterm 29. Oktober berichtet: Einer Depesche aus Manila zufolge ist eine amerikanische Truppenabteilung von 400 mit Gewehren bewaffneten und unter dem Befehl eines Weißen stehenden Aufständischen angegriffen worden. Nach einem zweistündigen Gefecht schlugen die Amerikaner die Aufständischen zurück. Von den Aufständischen wurden 75 getötet, die Amerikaner hatten nur unerhebliche Verluste.

## Partei-Nachrichten.

Neue Wesen kehren gut. Der neue zweite Bürgermeister in Jena, der vor wenigen Wochen von der weimarischen Regierung der Jenaer Bevölkerung aufstottert wurde, hat sich bereits durch ein seiner Regierung wohlgefälliges Werk eingeführt. Eine am Sonnabend einberufene Volksversammlung wurde von ihm mit folgender Begründung verboten:

Die Abhaltung der für Sonnabend, den 27. d. M., abends 8 1/2 Uhr angemeldeten Versammlung wird hierdurch behördlicherseits verboten, da in derselben Dr. Max Quard aus Frankfurt, dessen aufreizende Sprechweise hinsichtlich bekannt ist, auftreten soll, auch das gewählte Thema zu Bedenken Anlaß gibt.

Der II. Bürgermeister.

Dr. Wagner.

Unser Erfurter Parteiorgan bemerkt hierzu: „Unser Oberbürgermeister Singer, der uns in der letzten Zeit keine Versammlung verboten hat, befindet sich momentan auf Urlaub. Wir lebten schon in der guten Hoffnung, daß für unser Jena die früheren Verhältnisse wieder Plag gegriffen haben und der Arbeiterschaft wieder dieselben

Rechte garantiert sind, wie den andern Parteien. Herr Wagner hat einen Strich durch unsere Hoffnungen gemacht und hat der hiesigen Arbeiterschaft gezeigt, was sie in Zukunft von ihm zu gewärtigen hat. Vielleicht hegt er die töllische Hoffnung, die hiesige Arbeiterbewegung durch solche Vergewaltigungen nach Würmschen Rezept lahm legen zu können. Wir wollen ihm diese naive Hoffnung nicht rauben; dessen möge er sich aber versichert halten, daß wir den uns angezeigten Kampf mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln im Rahmen des Gesetzes aufnehmen. Wer dann aus diesem Kampf als Sieger hervorgeht, wird die Zukunft lehren.“

Ein totesagter Lebender. Unser Karlsruher Partei-Organ hat den vor kurzem verstorbenen Genossen Michael Fleischmann mit dem früher in Karlsruhe ansässigen Genossen Emil Fleischmann, der seiner Zeit auch als Kandidat unserer Partei in Wiesbadener Wahlkreis aufgestellt war, verwechselt. Diesem Irrtum sind auch wir zum Opfer gefallen und können wir heute nur berichten, daß sich der Genosse Emil Fleischmann in Frankfurt a. M. des besten Wohlbefindens erfreut.

## Polzeiliches, Gerichtliches usw.

Wie leicht ein sächsisches Amtsblatt beleidigt werden kann, zeigt ein Prozeß, den der „Vogtländische Anzeiger“, ein Blatt, das wenig wahrlich in Ausdrücken gegen die Sozialdemokratie ist, gegen den Genossen Albert, den verantwortlichen Redacteur des „Widauer Volksblatt“ angehängt hat. Das „Vogtländische Amtsblatt“ hatte berichtet, daß Wilmner Genossen Liebnicht in einem Beileids-Telegramm als „Soldaten der Revolution“ bezeichnet hatten, was unserem Bruderorgan Veranlassung zu einigen kritischen Bemerkungen gab, die die Herren vom „Vogtländischen Anzeiger“ so ärgerten, daß sie zum Rabi liefen. Das Schöffengericht zu Plauen verurteilte unseren Genossen auch zu 200 M. Geldstrafe.

## Bewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

Die Mehlmüller in Berlin beabsichtigen durch eine Lohnbewegung die Wiedereinführung der sogenannten Abtragegelber herbeizuführen. Diese Gelber wurden in noch nicht allzuferner Zeit seitens der Bäckereimeister für jeden abgetragenen Sad Mehl bezahlt. Die Gebühr pro Sad betrug 5 Pf. und ist die Forderung auch in dieser Höhe wieder gestellt. Für das bloße Weichen des Mehls in den Hausflur verlangen die Müller nichts. Die Forderung ist um so gerechtfertigter, als die Müller vielfach auf allen Eieren den Mehlack auf dem Rücken rückwärts die Treppen zu den Mehlkammern der Bäder kriechen müssen. Außerdem sind meistens die von den Müllern bei der Abtrage Arbeit zu bewerkenden Treppen von derartiger Beschaffenheit, daß sie eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die heißen Knochen der Müller bilden. Es ist gewiß kein großes Vergnügen, derartige Treppen 60 bis 70 mal am Tage mit dem 2 Centner schweren Mehlack auf dem Rücken passieren zu müssen. Unter solchen Umständen ist das Verlangen der Müller auf 3 Pf. Abtragegeld pro Sad Mehl gewiß sehr bescheiden.

Auf die Eingabe der Müller an die Führer hat nur einer geantwortet, daß sich die Führer erst mit den Mehl- und Getreidehändlern in Verbindung setzen müssen. Drei Führer ist seitens der Kaufleute angetreten worden, unter keinen Umständen auf die Forderung der Müller einzugehen und es lieber zur Arbeitseinstellung kommen zu lassen. Augenscheinlich wird seitens der größeren Firmen im Stillen beabsichtigt, durch die Arbeitseinstellung der Müller die kleineren Führer an die Wand zu drücken und dadurch die längst schon unangenehme Konkurrenz zu beseitigen. Fraglich ist, ob die kleinen Führer die ihnen drohende Gefahr noch rechtzeitig wittern werden. Die Müller versuchen schon jetzt das Abtragegeld wieder den Kaufleuten anzurechnen, während diese es wieder den Führern aufbürden wollen. Die Müller sind gesonnen, mit Hilfe ihrer Organisation, dem Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, ihre Forderungen mit allem Nachdruck zur Geltung zu bringen.

Antisemitische Arbeiterfreunde. Die in der Treibriemen- und Militärreflektoren-Fabrik von Pregel u. Cie. beschäftigten Saitler leben seit Beendigung des Militärreflektoren-Streiks mit Herrn Pregel in beständigem Kleinrieg. Herr Pregel, der den vor dem Gewerbegericht geschlossenen Vertrag, vorbehaltlich der Verkürzung der Arbeitszeit unterschrieben hat, muß zur Erfüllung desselben von seinen Arbeitern Schritt für Schritt gedrängt werden. Da die Arbeitszeit in allen andern gleichartigen Betrieben auf 9 resp. 9 1/2 Stunden herabgesetzt ist, suchen auch die Arbeiter dort dieses Vorteils teilhaftig zu werden.

Vor 8 Wochen saßen sie in einer Werkstube-Versammlung den Beschluß, um Verkürzung der Arbeitszeit um täglich 1/2 Stunde resp. Sonnabends 1 Stunde vorzulegen zu werden. Ein derartig abgefaßtes Schriftstück sollte, mit der Unterschrift sämtlicher Arbeiter versehen, von einer gewählten Delegation Herrn Pregel vorgelegt werden. Dies geschah und Herr Pregel ließ sich nach vielem Gerede herbei — man staune — die Arbeitszeit des Sonnabends um 1/2 Stunde zu verkürzen. Der Kerger des Herrn war aber erwacht und er mußte denselben Luft machen. Die Delegation mit Ausnahme von einem, ferner der Vertrauensmann der Treibriemenarbeiter erhielten bald darauf die Kündigung, angeblich wegen Arbeitsmangel. Es ist aber schwer erklärlich, warum gerade diese Arbeiter bei etwaigem Arbeitsmangel entlassen werden sollten, denn sie gehörten nicht zu den Jüngsten, die ja sonst gewöhnlich dieses Los trifft, sondern waren meist schon jahrelang im Betrieb beschäftigt. Die Maßregelung liegt aus diesen Gründen klar zu Tage und Herr Pregel hat es andern Arbeitern gegenüber auch offen eingestanden. Er erklärt, die Heber hätte er nun heraus, er werde sich jetzt überhaupt um derlei Sachen in seiner Fabrik nicht mehr kümmern, es müsse anders werden. Herr Pregel, der als bürgerparteilicher Stadtverordneter und antisemitischer Volksredner nicht genug sein Wohlwollen mit den unteren Volksklassen betonen kann, beweist hier seine Arbeiterfreundlichkeit in der Praxis. Halten die Arbeiter treu und fest zur Organisation, dann wird Herr Pregel sich in Zukunft zu einer andern Behandlung der Arbeiter bequemen müssen und nicht mehr Arbeiter, die ihm eine Wittschrift überreichen, auf die Straße setzen dürfen.

## Deutsches Reich.

Der Verband Deutscher Berg- und Hüttenarbeiter befindet sich in der erfreulichsten Entwicklung. Als er auf seiner letzten Generalversammlung den Beitrag erhöhte, da glaubten viele, es würde bergab gehen. Die Annahme hat sich als unrichtig erwiesen. Im Ruhrrevier schreitet die Organisation tüchtig vorwärts, wie sich aus den monatlichen Abrechnungen im Verbandsblatt ergibt. Durchschnittlich hat der Verband im letzten Jahre 12—13 000 M. Monatsermahne. Die neueste Abrechnung quillt für September sogar eine Einnahme von über 16 000 M.

Die Steinbildhauer auf dem Wertplatz von Ebnig in Leipzig haben wegen Lohn Differenzen die Arbeit eingestellt.

Aus Schwarzburg-Rudolstadt. Eine kaum glaubliche Aufregung hat sich der guten alten Stadt Rudolstadt bemächtigt. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend wurden in der Weimarischen Straße ein Schumann, sowie kurze Zeit später einige „Arbeitswille“ aus der Porzellanfabrik Schäfer u. Vater thätlich angegriffen. Rastlos konnte das nach Ansicht der idyllischen Polizei niemand anders gehen haben, als die Streikenden. Und so wurden denn am Sonnabendvormittag neun Verhaftungen vorgenommen. Vier der Verhafteten mußten im Laufe des Tages wieder entlassen werden und man hoffte auf Seiten der Streikenden, daß auch die übrigen bald folgen würden. Da wurden am Sonntag wiederum fünf Verhaftungen vollzogen und zwar befand sich darunter einer, der Tags zuvor entlassen worden war. Auch nicht die Idee eines Beweises, daß die Streikenden resp. die Verhafteten an den zweifellos zu verurteilenden Prügelscenen beteiligt waren, liegt nach Ansicht der noch auf freiem Fuße befindlichen Streikenden vor. Trotz dieser Vorgänge stehen die übrigen Aufständigen fest. Die Polizei verhaftet blind drauf los, ruhig ihres Wegs gehende werden von der Straße weg zur Wache

genommen. Man erwartet noch weitere Verhaftungen und die freimüthige Presse faßt bereits von einer bevorstehenden Auflage wegen Landfriedensbruchs.

**Ausland.**

**Französische Streikstatistik.** Nach der Veröffentlichung der deutschen Streikstatistik haben wir vor einigen Wochen auch die Hauptzahlen der östereichischen und italienischen Streikstatistik wiedergegeben. Heute liegen uns in dem „Bulletin de l'Office du Travail“ die entsprechenden französischen Zahlen vor.

Es haben danach während des Jahres 1899 in Frankreich stattgefunden 740 Streiks, an denen im ganzen 176 826 Arbeiter, und zwar 143 367 Männer, 23 417 Frauen und 10 042 Kinder beteiligt waren. Betroffen wurden 4290 Unternehmungen, und im ganzen waren 3 550 734 Streiktage zu verzeichnen. Auf die einzelnen Industriezweige verteilen sich die Streiks folgendermaßen:

S a h l der Streiks	Streiken- den	Resultate: Von den Streikenden hatten		
		Erfolg	teil- weisen Erfolg	keinen Erfolg
		Proz.	Proz.	Proz.
Landwirtschaft zc.	10	1 896	28,0	86,0
Bergwerke	32	31 099	5,0	92,0
Eisenindustrie	22	4 983	32,7	40,0
Nahrungsmittel	19	1 704	11,2	52,5
Chemische Industrie	13	5 348	16,2	80,4
Buchdruckerei zc.	16	1 792	13,8	82,0
Leber	32	4 076	18,5	70,0
Textilindustrie	204	39 928	14,7	75,2
Schneiderei, Reinigung zc.	16	674	88,7	44,8
Kunst-Tischlerei	43	2 949	40,2	39,5
Holzindustrie (Saw)	19	2 043	15,8	25,5
Metallhütten	13	21 741	1,2	98,0
Metallbearbeitung	125	27 009	12,7	47,0
Edelmetalle	2	156	22,4	77,5
Steinindustrie, Ziegelei	35	7 471	6,6	62,8
Baugewerbe	82	15 494	18,0	64,5
Transport	46	8 396	6,8	55,0
	789	176 722	11,8	70,5

Die meisten Streiks fanden danach statt in der Textilindustrie mit 204 Streiks und 39 928 Streikenden, der Metallbearbeitung mit 140 Streiks und 48 906 Streikenden, dem Bauwesen mit 111 Streiks und 17 587 Streikenden und den Bergwerken mit 32 Streiks und 31 099 Streikenden. Diese vier Industriezweige hatten also zusammen 457 Streiks mit 137 470 Streikenden, das macht nahezu drei Viertel der Gesamtzahl der Streiks und mehr als drei Viertel von der Gesamtzahl der Streikenden.

Im Durchschnitt der 10 Jahre von 1890 bis 1899 waren jährlich zu verzeichnen 421 Streiks mit 92 448 Streikenden und 1 502 184 Streiktage. Die Streikresultate während dieser zehn Jahre ergeben sich aus den nachstehenden Zahlen:

	Zahl d. Streiks	Zahl d. Streikenden
Erfolg	1 011	24,10 Proz.
Teilweiser Erfolg	1 312	31,29 „
Kein Erfolg	1 871	44,61 „
	4 194	92 080

Also immerhin hatten doch während der zehn Jahre von 1890 bis 1899 von allen Streiks über 55 Proz. vollen oder teilweisen Erfolg und von der Gesamtzahl der in dieser Periode Streikenden sogar mehr wie 61 Proz. 1899 hatten 82 Proz. der Streikenden vollen oder teilweisen Erfolg.

**Der Ausstand unter den Grubenarbeitern im Becken von Was de Calais** nimmt weiter zu. In einigen Gruben ruht der Betrieb völlig. In der Nacht zum Sonntag war die Ruhe vielfach gestört. Es wurden mehrere Verhaftungen wegen Vereintätigung der Arbeitsfreiheit vorgenommen.

**Sociales.**

**Aus Weiningen.** Wenn wir unsre Lieblinge mit ihrem Spielzeuge beschäftigen sehen, denken wir wohl schwerlich daran, welches entsetzliche Elend in den meisten derjenigen Hütten herrscht, in denen Kruppen und sonstige Spielwaren hergestellt werden. Zwar ist schon des öfters über das Spielwarenarbeiter-Elend gesprochen und geschrieben worden; vor kurzem ging auch wieder einmal ein Verzeichnis der Accordlöhne für verschiedene Spielwarentypen, die in sächsischen Erzgebirge hergestellt werden, durch die Parteiblätter und so mancher dürfte sich entsetzt haben über die ihm da bekannt gewordene lange Arbeitszeit, schlechte Entlohnung und die grausame Ausbeutung der Kinder vom zartesten Alter an; aber selten ist die Frage der Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse in den betreffenden Volksschichten eingehender behandelt worden. Soviel mir erinnern, haben das auch E. Sax und Stille in ihren, das Spielwarenarbeiter-Elend im Sonneberger Oberlande behandelnden Schriften unterlassen. Und doch verlohnt sich nichts besser die unsagbar trüben Verhältnisse, als gerade die Morbiditäts- und Mortalitätsstatistik. Vorzügliche Unterlagen gewährt in dieser Hinsicht das seitens der sachsen-meiningischen Regierung veröffentlichte statistische Material. Vor mir liegt die im März dieses Jahres herausgegebene Tabelle „Ueber die Geburts- und Sterblichkeitsverhältnisse im Herzogtum Sachsen-Meiningen im Jahre 1898“. Die Sprache, welche diese toten Ziffern reden, ist eine furchtbare! Sie erzählen von endloser Not, Entbehrung, Siechtum und frühem Tod der Spielwaren-Arbeiter im Sonneberger Kreise. Und die Ziffern wirken doppelt auffällig, da direkt über den den Sonneberger Kreis betreffenden Angaben die auf den Hildburghäuser Kreis sich beziehenden Ziffern stehen und beide Kreise resp. Landratsamts-Bezirke der Einwohnerzahl nach fast genau gleich groß sind; ersterer hat 55 542, letzterer 55 605 Einwohner. Vorausgeschickt sei, daß die hier folgenden Gegenüberstellungen jedenfalls noch kräftigere Resultate aufweisen würden, wenn der Sonneberger Kreis neben der allerdings überwiegend industriell beschäftigten Bevölkerung nicht doch noch ein gut Teil rein landwirtschaftliche Dörfer aufweise, während umgekehrt speziell die zum vorwiegend landwirtschaftlichen Hildburghäuser Kreise gehörende Eisfelder Gegend teilweise das Schnitz- und Spielwarenarbeiter-Elend aus eigener Erfahrung kennt.

Nach einem alten volkwirtschaftlichen Erfahrungssatze sind dort die meisten Geburten zu konstatieren, wo die Ernährungsweise am ekledesten ist. So auch hier. Während 1898 im gleichgroßen Hildburghäuser Kreise 1824 Geburten konstatiert wurden, betrug die Anzahl derselben im Sonneberger Kreise 1879! Also über 30 Proz. mehr. Und nun zum Gegenstück: 996 Gestorbene im Hildburghäuser — 1108 im Sonneberger Kreise und dazu Totgeborene dort 58, hier 92! Bereits das Kind im Mutterleibe muß das Elend der Eltern mit dem Leben büßen, ehe es nur das Licht der Welt erblickt hat! Doch sehen wir zu, in welchen Lebensaltern die Bewohner der beiden geographisch unmittelbar nebeneinander liegenden Kreise sterben:

Unter 1 Jahr	1—15 Jahre	15—60 Jahre	Über 60 Jahre	
Hildburghäuser Kreis	255	118	274	339
Sonneberger Kreis	398	169	320	216

Giebt es eine treffendere Beweiskführung für den unter den Angehörigen der Sonneberger Spielwaren-Industrie herrschenden furchtbaren Jammer und die permanente Not, als diese schlichten Zahlen? Wie heißen die verderblichen Kinderkrankheiten in diesem Bezirk ihre Opfer? Besonders in die Augen springend ist die hohe Sterblichkeit der Kinder unter einem Jahr, ist sie doch 58 Proz. höher als

im Nachbargebiet. Dies Verhältnis bleibt ähnlich bei allen Altersklassen, lehrt sich jedoch sofort ins Gegenteil um bei der Arbeiterklasse über 60 Jahre, denn dort stehen 339 nur 216 im Sonneberger Kreise Gestorbenen gegenüber, d. h. auf deutsch: weil endlose Arbeitszeit und ungenügende Ernährung dort die Leute in den sogenannten „besten Jahren“ hinrafft, erreicht eben nur ein kleiner Teil das „gesegnete Greisenalter“.

Doch nicht nur, wann das Volk stirbt, läßt Schlüsse zu auf dessen sociale Lage, sondern auch, an was dasselbe stirbt.

Greifen wir denn einige Vergleiche aus den vielen heraus.

	Hildburg- häuser Kreis	Sonneberger Kreis	Meßr im Sgr. Kreis
Lungenschwindsucht	100	178	78 Proz.
Tuberkulose and. Organe	7	15	114 „
An sonstigen entzündlichen Krankheiten d. Atmungsorgane	26	41	58 „
Magen u. Darmkatarrh u. Atrophie der Kinder	45	85	89 „
Angeborene Lebensschwäche	30	35	17 „
Kreuchhusten	6	32	466 „
Sonstigen Krankheiten	362	418	15 „
Alterschwäche	137	95	weniger: 31 „

Wie man aus dieser Aufstellung ersieht, fordern die Infektions- sowie die direkt aus Unterernährung zurückzuführenden Krankheiten (Atrophie) im Sonneberger Bezirke einen geradezu ungeheuren Prozentsatz. — Jede 27. Geburt ist eine Totgeburt, jedes 6. Kind stirbt im 1. Lebensjahre, ja unter 308 in diesem Alter Gestorbenen befinden sich bereits 5, welche an Tuberkulose zu Grunde gingen! Und stellen die Kinder unter 1 Jahr nicht auch das Hauptkontingent derer, die in der Rubrik „an sonstigen benannten Krankheiten Gestorbenen“ stehen? Von 418 = 230 oder 55 Prozent! Wer erinnerte sich angesichts solchen Elends nicht jener Stelle aus dem bekannten Gedichte über den Sturz des Königs: „Das ist ein grausig Kindermorden, wie es Herodes niemals sah...“?

Und trotz dieser unüberleglichen Beweise zeteren die Sonneberger Wandstrebener, wenn jemand sich erdreistet, von einem Spielwarenarbeiter-Elend zu sprechen und können sich nicht genug thun, die „überaus gesunden Grundlagen der Spielwaren-Fabrikation“ zu feiern. Sie allerdings mögen ja von ihrem Standpunkt aus recht haben, denn sie gedeihen prächtig dabei; ihr Aufwand und ihre kostbaren Willen lassen nichts erkennen von Elend und Entbehrung und von der dadurch verursachten Degenerierung eines ganzen Volks. —

**Ein letztes Wort an die Wähler des sechsten Kreises**

lautete das Thema in fünf Versammlungen, die gestern abend noch in den verschiedenen Teilen des ausgedehnten Wahlkreises stattfanden. Wie immer waren die Lokalitäten trotz ihrer teilweise recht stattlichen Größe zu klein, um die Anzahl der Erschienenen zu fassen. Zahlreiche Frauen mischten sich, namentlich in der „Norddeutschen Brauerei“, unter die Massen der Wähler. Von allen Gesichtern glänzte freundliche Begeisterung, die sich auch auf die Redner übertrug. Man sollte meinen, daß unter der Gewißheit eines unentzweifelbaren Sieges die Kampfesstimmung erlahmen sollte, und doch war das nicht der Fall. Zu tief hatte sich in die Herzen aller, die da versammelt waren, die Notwendigkeit eingegriffen, gegen das moderne Khabitus, gegen die Scharfmachermoral, die unser jetziges Regierungssystem vergiften, Protest zu erheben. Um das zu thun, giebt es heute keine bessere Gelegenheit, als die Abgabe einer immensen Stimmenzahl bei der Ernennung unsres Abgeordneten im sechsten Wahlkreise.

Wir fügen hier kurz einige Einzelheiten aus den Versammlungen an:

Bei Puhmann in der Schönhäuser Allee war der Andrang so stark, daß gegen 1/2 Uhr nicht nur die Tische, sondern auch die Stühle aus dem Saal entfernt wurden. Stehend lauschte die mehrtausendköpfige Menge den Ausführungen des Reichstags-Abgeordneten J. Zuer. In lebendigen Worten geißelte er die Kolonialpolitik der Reichzeit, das numerische Großagrariertum und das 12 000 Mark-Gehalt des Reichsamt des Innern. Brauender langanhaltender Beifall folgte seinen Darlegungen. In der recht lebhaften Diskussion, an der mehrere Parteigenossen im Sinne des Vortragenden teilnahmen, erhielt auch ein freimüthiger Herr das Wort. Er stellte in Aussicht, daß viele seiner Freunde und er für Ledebour stimmen würden. Mit einem donnernden Hoch auf die Socialdemokratie trennte man sich.

Die Versammlung in den Doruffiasälen war bis zum letzten Platz gefüllt, auch viele Frauen waren anwesend. Genosse Reichstags-Abgeordneter Wurm referierte. Er sagte, beim 6. Wahlkreise könne es nicht darauf ankommen, diesen Kreis der Socialdemokratie zu erobern, er sei unsicher, jetzt und immer. Aber es gelte Protest einzulegen gegen den Militarismus und Marinismus, wie er sich jetzt in den herrschenden Klassen Deutschlands zum Schaden des arbeitenden Volks breit macht; durch eine gewaltige Stimmenzahl Protest einzulegen gegen alle die Reaction auf allen Gebieten der inneren und äußeren Politik. Wer nicht wolle, daß das arbeitende Volk mit wucherischen Lebensmittelpreisen, mit Zuschauvorlagen und dergleichen belastet werde, der müsse dem Kandidaten der socialdemokratischen Partei, Ledebour, am morgigen Tage seine Stimme geben. Der Redner, der noch mit schneidendem Hohne die Affaire Posaadowitz-Boedike-Qued behandelte, legte am Schluß die Fiele der Socialdemokratie dar. Mit dem Gelächris, in jeder Weise ihre Schuldigkeit zu thun, gingen die Versammelten auseinander.

Nach der Norddeutschen Brauerei strömten die Genossen und Genossinnen schon lange vor der festgesetzten Zeit in ungeheurer Zahl, aber nur ein kleiner Teil der Erschienenen fand Einlaß. Der Saal wurde bald abgesperrt. Genosse Ledebour, der als erster Redner in der Versammlung das Wort nahm, rief die Zuhörer durch seine kernigen, vom Geiste des Kampfes gegen politische Anechtung und wirtschaftliche Ausbeutung besetzten Worte zu stürmischen Beifallskundgebungen fort. Nicht minder wirkungsvoll waren die Ausführungen der Genossin Jettin, die in einstündiger Rede das in Staat und Gesellschaft herrschende System mit gewohnter Schärfe und Entschiedenheit kennzeichnete. Einen bewegten Charakter nahm die Diskussion. Vier Redner des Centrums traten noch einander aufs Podium, um unter Verdröhung der bedeutendsten Thatsachen ihre Partei im Gegenlag zur Socialdemokratie als den wahren Hort der Arbeiterfreundlichkeit zu preisen. Wie wenig Anhang die Centrumsleute bei den Arbeitern finden, das zeigte der stürmische Beifall, den die Genossin Jettin fand, als sie unter Hinweis auf die Haltung des Centrums den wichtigen politischen und wirtschaftlichen Fragen gegenüber die angebliche Arbeiterfreundlichkeit derselben, die nur soweit geht, als es die Interessen des Geldsacks gestatten, ins rechte Licht setzte.

In Ahrens Brauerei, Roabit, wurde bereits lange vor Beginn der Versammlung polizeilich abgesperrt. Aus dem großen Saale waren die Tische und Stühle entfernt, trotzdem konnten viele Hunderte keinen Einlaß finden. Das Referat hatte hier der Genosse Dr. Karl Lieblnecht übernommen, der in trefflicher Weise, von der dicht gedrängten Menge durch lebhafteste Zustimmungskundgebungen wiederholt unterbrochen, die ganze politische Situation kennzeichnete. Unter stürmischen Beifall der Versammelten kritisierte sodann der Kandidat des Kreises, Genosse G. Ledebour in seinen Ausführungen die Politik der Regierung und

das Verhalten der verschiedenen bürgerlichen Parteien. Trotz der wiederholten Herausforderung der beiden Referenten und des Vorstehenden des Genossen P. S. r. meldete sich kein Gegner zum Wort. Mit einem brausenden Hoch auf die völlerbefreiende Socialdemokratie und auf Ledebour erfolgte der Schluß der imposanten Versammlung.

**Versammlungen.**

Die Flosserer und Röhrenhüller hielten am Sonntag eine gutbesuchte Versammlung ab. Zunächst erstatteten die Werkstattdellegierten Bericht über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der einzelnen Werkstätten. Da eine vollständige Durchführung der von den Arbeitern während der verfloznen Lohnbewegung aufgestellten Tarifforderungen leider nicht erreicht werden konnte, ist man in den einzelnen Werkstätten mit neuen Anforderungen vorgegangen, die auch Erfolg hatten. Dies war um so eher möglich, als fast sämtliche Berufsgenossen der Organisation angehören und infolge der Lohnbewegung eine gute Solidarität herrscht gegenüber dem Unternehmer-Ring. Dies zeigte sich am besten bei der Firma Krause, deren Inhaber nur durch tüchtige Arbeiter empor gekommen ist, die er jetzt entließ, weil sie Lohnverbesserungen verlangten. Diefem Herrn blieb aber nichts andres übrig, als die Lohnaufbesserungen zu gewähren und die entlassenen Arbeiter wieder einzustellen. Bei mehreren andren Firmen, wie Posnanski u. Strelitz, Reinhold u. Cie., Horn u. Taube, Diermann, sind ebenfalls Lohnverbesserungen von 2 1/2—5 Pf. pro Stunde sowie Vergütung von 1—2 Stunden sogenannte „Laufzeit“ erfolgt. Es wird von den Arbeitern für eine Lohnbewegung im nächsten Jahre vorgeplant. Der Bericht des Vertrauensmanns Westphal ergibt eine Einnahme von 210,80 M. bei einer Ausgabe von 157,07 M., so daß ein Bestand von 53,73 M. verbleibt. Von einigen Rednern wird gewünscht, daß seitens der Kollegen eine regere Entnahme von Marken für den Streikfonds erfolge. Die Inhaber von Marken für den Streikfonds werden ebenfalls um Abrechnung ersucht. Der stellvertretende Delegierte beim Gewerkschaftskartell, Böhm, erstattete noch Bericht über die jüngsten Verhandlungen. Da Genosse Kater am Erscheinen verhindert war, hielt Paul Zahn einen Vortrag über „Das bürgerliche Recht und die besitzlosen Klassen“.

**Schwendorf.** Am Sonntag, den 28. Oktober, fand hier selbst im Schwarzischen Lokal eine sehr gut besuchte allgemeine Gewerkschaftsversammlung statt. Redacteur Pösch sprach in etwa 1 1/2 stündigen Vortrag über: Zweck und Ziele der Gewerkschaftsbewegung. Dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrage folgte eine ausgedehnte, sehr interessante Debatte, an welcher sich zahlreiche Redner beteiligten. Hinrichsen-Verlin empfahl die Lokalorganisation als die zweckmäßigste Form des Zusammenchlusses, welchen Anschauungen jedoch sowohl der Referent in seinem Schluswort, als auch Genosse Böhm entgegenbrachten. Folgender, vom Genossen Böhm gestellter Antrag fand einstimmige Annahme: „Die Vorstände der hiesigen Gewerkschaften haben in einer demnächst stattfindenden Versammlung die eventuelle Gründung eines Gewerkschaftskartells zu erwirken.“ In diese Kommission wurden Böhm, Runge, Sadel und Bach gewählt. — Nachdem Heinrich noch zur regen Unterstützung der beiden am Ort befindlichen Arbeiter-Verkehrslokale und zum Abnommen auf die Arbeiterpresse, speziell den „Vorwärts“ aufgefordert, schloß der Vorsitzende die vom besten Geiste getragene Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung.

**China.**

**Die Gesandten in Peking**

halten jetzt fast täglich Sitzungen ab, um über die „Schuldigen“ zu beraten. Alle waren dabei der Ansicht, man müsse für die Haupt-schuldigen bei den letzten Ereignissen die Todesstrafe verlangen. Man hat Grund anzunehmen, daß, wenn die Mächte darauf bestehen, die chinesische Regierung dieser ihrer Forderung gerecht werde. In einer weiteren Konferenz wurde beschlossen, der Liste der sieben Beamten, deren Hinrichtung von Delcassé gefordert ist, noch die Namen der Prinzen Yi und Jingning beizufügen.

Durch welche Vergehen haben denn diese Prinzen und Beamte ihr Leben verwirkt? Daß sie bei der Belagerung der Gesandten aber gar bei der Tötung Kettlers beteiligt gewesen wären, wird nicht behauptet; also haben sie sich wohl nur der Verteidigung ihres Vaterlands schuldig gemacht.

**Ein verbessener Einspruch**

scheint der folgende zu sein, der im alten deutschen Reichstagsgebäude zu lesen war: „Das heiligste Recht einer Nation ist das, als solche zu bestehen und anerkannt zu werden.“ Auf China scheint wenigstens dieser Spruch keine Anwendung finden zu sollen. Jetzt hat man auch den Provinzial-Schaymeister von Paotingfu festgenommen. Er soll Missionare mißhandelt haben und soll nun dafür auch gelöst werden. Ein Kriegsgericht, bestehend aus Offizieren der Verbündeten, soll über sein Schicksal entscheiden. Den Schatz von 740 000 Taels (etwa 2 1/2 Millionen Mark) haben die Verbündeten ebenfalls an sich genommen.

**Die Einnahme Paotingfus**

war übrigens keine besondere Heldenthat. Die Chinesen überließen den Verbündeten die Stadt, sie waren abgezogen schon bei der Ankunft eines kleinen Detachements Franzosen. Als der englische General Gaselee ankam, blieb ihm nur noch übrig, einen „Triumphzug“ durch die Stadt zu machen. Darüber, ob Paotingfu noch „bestraft“ werden soll, wird Graf Waldersee entscheiden.

**Fernere Thaten der Verbündeten**

werden aus Tientsin berichtet. Danach beabsichtigt eine aus Deutschen und Russen bestehende Truppenabteilung einen Posten südlich von Lungtschu anzugreifen, wo sich 10 000 Mann Boyer (?) und desertierter regulärer Truppen angesammelt haben sollen. Französische Artillerie wird sich an dieser Expedition beteiligen.

**Dem deutsch-englischen Vertrag**

ist seitens des chinesischen Gesandten in Washington eine äußerst charakteristische Würdigung zu teil geworden. Der Gesandte sprach seine Befriedigung über das deutsch-englische Abkommen aus mit Ausnahme des Punktes 3, dessen Weglassung er gewünscht hätte. Er interpretierte den Inhalt dieses Paragrafen wie folgt: Ich verpflichte mich, nicht zu stehen, wenn's kein andrer thut.

**Letzte Nachrichten und Depeschen.**

**Die Landtagswahl in Breslau.**

Breslau, 29. Oktober. Amtliches Wahlergebnis (M. T. B.) Bei den heute im hiesigen 4. Wahlbezirk (Breslau Stadt) stattgehabten Landtags-Erwahlungen wurden gewählt: Schmieber (fr. Vp.) mit 649 von 1264 abgegebenen Stimmen gegen Kaiser (G.) 615 Stimmen. Gothein (fr. Vp.) mit 654 von 1263 abgegebenen Stimmen gegen von Jyennly (L.) 609 Stimmen. Wetekamp (fr. Vp.) mit 632 von 1264 abgegebenen Stimmen gegen Gueric (fr. L.) 573 Stimmen. Siehe hierzu die Notiz auf der 2. Seite.

London, 29. Oktober. (M. T. B.) Bei dem Marsch der vom südafrikanischen Kriegsschauplatz heimgekehrten Freiwilligen durch die Stadt wurden, soweit bis jetzt festgestellt ist, in dem Gedränge 4 Personen getötet und 140 Personen verletzt. New York, 29. Oktober. (Telegramm des „Reuterschen Bureaus“.) Heute mittag 12 1/2 Uhr fand in der Droguen- und Chemiefabrik von Tarrant u. Co. am unteren Broadway eine furchtbare Explosion statt. Das Gebäude bildete bald ein Meer von Flammen. Bis 3 Uhr nachmittags erfolgten eine Reihe weiterer noch heftigerer Explosionen. Ein Teil der Hochbahn in der Nähe des Hauses wurde zerstört, die Nachbarhäuser schweben in Gefahr. Man nimmt an, daß etwa 150 Personen ums Leben gekommen sind.

Die heutige Reichstagswahl

im sechsten Wahlkreise erfordert, daß die Wähler Mann für Mann an die Wahlurne treten und für den Kandidaten der Socialdemokratie

Schriftsteller Georg Ledebour

ihre Stimme abgeben. Keine Andrede, daß der Wahlkreis doch sicher sei, daß es auf eine Stimme mehr oder weniger nicht ankomme, darf bei dieser Wahl gelten. Jede Stimme, die heute für den Kandidaten des arbeitenden Volks in die Urne gelegt wird, wiegt schwerer als Protest gegen Sunnuntum, Brotwucher und Arbeiternebelung, als Protest gegen das beschämende Abhängigkeits-Verhältnis, in dem die Regierung unter dem 12 000 Mark-Kurs für die Schatzmacher, für die ärgsten Feinde des arbeitenden Volks frondet.

Kein Arbeiter darf unter diesen Umständen von der Wahlurne fern bleiben. Von Haus zu Haus, von Werkstatt zu Werkstatt muß heute im sechsten Reichstags-Wahlkreise der Ruf ergehen:

Auf zur Wahl für den Kandidaten der Socialdemokratie!

Wahlberechtigt ist jeder Deutsche, der heute 25 Jahre alt ist und in der Wählerliste verzeichnet steht. Es ist durchaus nicht notwendig, daß man die preussische Staatsangehörigkeit besitzt oder wie sonst bei den Stadtverordneten-Wahlen ein Jahr in Berlin gewohnt haben muß. Ebenfalls sind

Schlafbüchsen

wie überhaupt Personen, die keinen eignen Hausstand besitzen, zur Ausübung des Wahlrechts berechtigt!

Das Wahlgesetz schließt von der Berechtigung zum Wählen aus: Personen, welche eine Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindevermitteln beziehen oder im letzten der Wahl vorhergehenden Jahre bezogen haben.

Was ist Armenunterstützung?

Schon früher ist regelmäßig darauf hingewiesen worden, daß es keine Armenunterstützung im Sinne des Gesetzes ist, wenn jemand infolge eines außerordentlichen Unglücksfalls (wie Feuerbrand, Ueberschwemmung, Mißernte usw.) eine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln erhält.

Ferner wurde betont, daß Schulgeldreste, erlosenes Schulgeld, Steuer-Rückstände kein Grund sind, einen Wähler vom Wahlrecht auszuschließen.

Als Armenunterstützung — heißt es jetzt im Kommissionsbericht — sind die Gewährung des Armenrechts zur Führung eines Prozesses, die Aufnahme der Kinder in eine Freischule, unentgeltliche Verabfolgung von Schulbüchern und Weihnachtsgeschenken an die Kinder, sowie Unterstützungen aus Stiftungen nicht anzusehen.

Die Armenunterstützung muß innerhalb der letzten 12 Monate vor der Wahl bezogen sein, nicht innerhalb des vorangegangenen Kalenderjahres. Wähler, die nur bis September 1899 Armenunterstützung bezogen haben, sind also noch wahlberechtigt.

Einladungen zur Wahl werden nicht versandt. Jeder über 25 Jahre alte Wähler muß uneingeladen am 30. Oktober nach seinem Wahllokal kommen.

Jeder muß in dem Wahllokal wählen, welches für den Bezirk bestimmt ist, wo seine Wohnung im September bei Aufstellung der Wählerliste lag.

Wie verhält man sich bei der Wahl?

Bevor der Wähler das Wahllokal betritt, verliest er sich mit einem Stimmzettel.

Die Stimmzettel sind außerhalb des Wahllokals mit dem Namen des Kandidaten, welchem der Wähler seine Stimme geben will, geschrieben oder gedruckt zu versehen.

Im sechsten Wahlkreise werden den Wählern selbstverständlich genügend gedruckte Stimmzettel zur Verfügung stehen. Wird dem Wähler etwa von einem Vorgesetzten oder sonstwie ein Stimmzettel aufgenötigt, so kann er sich dadurch helfen, daß er den darauf gedruckten Namen durchstreicht und einen andern, also den von ihm gewünschten Namen darauf schreibt. Solche Zettel haben volle Giltigkeit.

Der Stimmzettel muß von weißem Papier sein und darf nur den Namen eines Kandidaten enthalten.

Ungültig sind Stimmzettel die I. nicht von weißem Papier oder mit einem äußeren Kennzeichen versehen; II. keinen oder keinen lesbaren Namen enthalten; III. aus welchem die Person des Gewählten nicht unzweifelhaft zu erkennen ist; IV. auf welchem mehr als ein Name oder der Name einer nicht wählbaren Person verzeichnet ist; V. Stimmzettel, die einen Protest oder Vorbehalt enthalten.

Hat der Wähler den Stimmzettel, den er abgeben will, in der Tasche, so mag er, wenn er als Beamter u. dgl. Angehöriger befürchtet, ruhig die von gegnerischer Seite angebotenen Zettel nehmen und diese dann mit dem ihm passenden veranlassen.

Es ist gut, eine

Legitimation

(Spielkontrakt, Heiratsurkunde, Steuerquittung usw.) mit in das Wahllokal zu bringen. Notwendig ist jedoch solche Legitimation nicht; in Zweifelsfällen kann der Wähler sich auch durch Bekannte u. dgl. legitimieren lassen.

Der Wähler muß sich möglichst zeitig heute in das Wahllokal begeben. Denn die Wahlhandlung beginnt 10 Uhr vormittags und wird bereits 6 Uhr nachmittags geschlossen.

Der Wähler, welcher seine Stimme abgeben will, tritt an den Tisch, an dem der Wahlvorstand sitzt, nennt seinen Namen und giebt seine Wohnung, Straße und Hausnummer an. Der Wähler übergibt, sobald der Protokollführer seinen Namen in der Wählerliste aufgefunden hat, seinen Stimmzettel dem Wahlvorsteher oder dessen Vertreter, der den Zettel uneröffnet in das auf dem Tische stehende Gefäß zu legen hat.

Der Stimmzettel muß darauf zusammengefaltet sein, daß der auf ihm verzeichnete Name verdeckt ist.

Das Eigen im Wahllokal und das Notieren der Abstimmenden darf niemandem unterzogen werden, soweit Platz im Lokal vorhanden ist. Eine durchaus ungesetzliche Verfügung ist zum Beispiel die, daß nur Wahlberechtigte oder nur Ortsangehörige im Lokal sich aufhalten dürfen. So ist vom Reichstag und vom Kammergericht bei Gelegenheit früherer Reichstagswahlen entschieden. Wahlvorstände, welche irgendwie ungesetzlich vorgehen, können unter Umständen mit sehr langen Freiheitsstrafen belegt werden.

Auf zur Agitation!

Wer am Wahltag bei der Agitation helfen will, wird gebeten, sich so zeitig wie möglich heute morgen an einer der folgenden Stellen zu melden:

- Joh. Warr, Putiligstr. 10, Telephon: Amt II. 3421.
Vachgänger, Swinemünderstr. 34, Telephon: Amt III. 6167.
Tauschel, Diefenstr. 29, Telephon: Amt II. 1298.
Rantow, Schönhauser Allee 135, Telephon: Amt III. 5294.

Das Wahlergebnis

- wird heute abend 8 1/2 Uhr in folgenden Lokalen verkündet:
Ahrens Brauerei, Turmstr. 25.
Eißler, Chausseestr. 88.
Hensels Gasthause, Invalidenstr. 1a.
Weimanns Volksgarten, Wabstr. 56.
Wernan, Schwedterstr. 23-24.

Versammlungen.

Die Generalversammlung des Holzarbeiter-Verbands fand am Mittwoch, den 24. Oktober, bei Keller, Kopenstr. 10, statt. Die Versammlung nahm den Kassenbericht, die Berichte des Vorstandes, der Ortsvereine, des Arbeitsvermittlers und des Bibliothekars entgegen. Nach dem Kassenbericht, der gedruckt vorlag, wurde für die Hauptkasse eine Einnahme von 64 343,30 M. erzielt. Die Ausgabe betrug 34 746,75 M., der Kassenbestand für das vierte Quartal 29 596,55 M. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 102 886,72 M. (inkl. Bestand von 75 879,88 M.), dem stand eine Ausgabe von 21 318,12 M. gegenüber. Es verbleibt für das nächste Quartal ein Kassenbestand von 81 568,00 M.

Aus dem Vorstandsbericht war zu ersehen, daß im 3. Quartal 12 Vorstandssitzungen, 1 General- und 2 Vertrauensmänner-Versammlungen sowie eine kombinierte Sitzung der Kontrollkommission mit der Ortsverwaltung stattgefunden haben. Nachschuß wurde in 15 Fällen erteilt. Von mehreren klageführenden Kollegen war über den Verlauf der Sache keine Mitteilung gemacht worden. Mit den Organisationen der Möbelpolierer und Fräseier-Arbeiter hat der Vorstand den Kartellvertrag erneuert. Als Delegierte in die Gewerkschaftskommission hatte der Vorstand 8 Kollegen bestimmt.

Die Kontrollkommission hielt 46 geschäftliche und 149 Werkstellen-Sitzungen ab. Einladungen ergingen an 786 Werkstellen, von denen 424 der Einladung Folge leisteten. In den erschienenen Werkstellen waren 4822 Kollegen beschäftigt, 3008 waren erschienen. Von den beschäftigten gehörten 3365, von den erschienenen 2799 Kollegen der Organisation an.

Die Musikinstrumentenarbeiter hatten zu 28 Sitzungen 32 Werkstellen mit 1130 Kollegen eingeladen, die Vodenleger zu 10 Sitzungen 10 Betriebe mit 70 Arbeitern.

Auf dem Arbeitsnachweis gingen vom 1. Juli bis 30. September 2109 Adressen von 1504 Unternehmern ein. Arbeitssuchende hatten sich 1574 gemeldet, von denen 1340 Arbeit nachgewiesen wurde. Vom Arbeitsvermittler wurde Klage geführt, daß in einigen Branchen das Umschauen nicht unterlassen wird und deshalb sich zu wenig Kollegen gemeldet hatten; sonst würde die Zahl der Arbeitssuchenden eine bedeutend höhere gewesen sein. Aus der Bibliothek wurden 571 Bücher entnommen.

Verständigungsfragen kamen in 40 Betrieben vor, durch Eingreifen des Verbands wurden die meisten zu Gunsten der Kollegen beigelegt. Auf Antrag der Korbmacher werden Henck und Engel wegen Streikbruchs ausgeschlossen.

Verichtigung.

Wir erhalten folgende Zuschrift: In der zusammenfassenden Wiedergabe meiner Rede in der Charlottenburger Protestversammlung gegen die Streiklausel Nr. 252 dieses Blattes sind mehrere Unrichtigkeiten enthalten. Ich habe nicht gesagt, es sei auch gelungen, daß während der Abwesenheit von Baake und Hirsch, als sie an den Parteitagessitzungen thätig waren, die von den Bauherren beantragte Streiklausel von der Stadtverordneten-Versammlung „vorläufig angenommen wurde“. Ich kann das nicht gesagt haben, da die Stadtverordneten-Versammlung bisher überhaupt keinen Beschluß über die Streiklausel gefaßt hat. Ich bin auch nicht beim Bürgermeister „dabei vorstehend“ geworden und habe auch mit keinem andern Magistratsmitgliede über die Angelegenheit verhandelt. Ebenso ist das, was ich angeblich über die beiden Stadtbauräte geäußert haben soll, nicht einmal dem Sinne nach richtig wiedergegeben.

Zufällig habe ich gesagt: Während Hirsch und ich auf dem Parteitage waren, ist die Streiklausel in der Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung bei der Beratung der Bauberichte berührt worden. Stadtbaurat Prating stellte sich auf den Standpunkt, die Streiklausel gehe die Öffentlichkeit nichts an. Diesen Standpunkt habe ich kritisiert, und dabei auch das antisoziale und unternehmensfeindliche Verhalten des Stadtbaurats Brechtneider verurteilt, das besonders deutlich in seinen Entschuldigungsgründen für die verspätete Fertigstellung des städtischen Elektrizitätswerks durch die Firma Lahmeyer zum Ausdruck kam. Ich habe hinzugesagt, nach meiner Kenntnis sei die

beiden riefen: „Herzlich, das muß wirken!“ Wir gehen mit bestem Appetit weiter.“

1871 leitete Wolke das Bombardement gegen Paris. Francisque Sarcey schreibt darüber in seiner „Belagerung von Paris“ folgendes: Wenn es einem Bombardement auch leicht wird, eine kleine Stadt zu zerstören, deren aus Holz gebaute Häuser sich dicht aneinander lehnen, so ist es doch ohnmächtig gegen eine so große Stadt, die ganz von großen Boulevards, von weiten Grundstücken, Squares und Gärten durchschnitten ist; wo die Wohnungen der Partikuliers, die fast alle in Sandstein erbaut, durch die Masse ihrer Konstruktion und durch ihre Widerstandskraft Citadellen gleichen. ... Im diese Gebäude ganz zu demolieren, hätte man Hunderte von Granaten, alle auf denselben Punkt gerichtet, gebraucht; um aber ein ganzes Viertel von Paris zu zerstören — das wäre ein unmögliches, unmögliches Unternehmen gewesen. Wie groß auch der von den Preußen angeammelte Vorrat von Eisen und Blei gewesen sei möge, sie wären niemals damit zu stande gekommen, selbst wenn sie darauf bestanden hätten, zehn Monate fortwährend drauf los zu bombardieren. Es war fast nichts stark befeuert worden, als die Schaufenster der Läden und das Mobiliar. ... Das unnütze dieses Bombardements trug noch zu dem Abhauen, den wir vor dieser Prozedur empfanden, bei. ... Wozu sollte denn dieses Bombardement dienen, in welcher Weise rächte die Belagerung dadurch weiter vorwärts? Der preussische Generalstab wußte wohl, daß unsere Vorräte zu Ende gingen, daß die Hungersnot ihnen bald wohl oder übel unsere Thore öffnen mußte. Also war es ohne Nutzen, ohne Ziel — nur um das Vergnügen zu haben, zu zerstören, daß sie zerstörten; um sich und den Dilettanten des Weltalls das entzückende Schauspiel zu gewähren, das große Babylon unter einem Hagel von Eisen zu Grunde gerichtet zu sehen? ... Wenn nun auch die materiellen Verluste weniger beträchtlich waren, als die Belagerer glauben mochten, so wären doch viele Personen getötet oder verwundet worden und besonders, wie man wohl vermuten konnte unter denjenigen, welchen ihr Alter und Geschlecht das Waffentragen untersagt hatte. ... Mütter mit ihren Säuglingen in den Armen wurden zu Tode getroffen; arme kleine Geschöpfe, welche die Granaten in ihren Wiegen töteten; Frauen wurden niedergeworfen in dem Moment, als sie Lurche bildeten, um Brot zu holen; mit zerbrochenen Gliedern oder von Granatsplittern schrecklich zerrissener Brust trug man sie fort. Ganz Paris bedeuerte Enttäuschung, als es folgende Traueranzeige las, die im Ueberflusse verbreitet wurde: „Herr und Frau Legende erfüllen die traurige Pflicht, Ihnen schmerzzerfüllt den Tod ihrer Töchter: Alice, 3/4 Jahre alt, und Clementine, 8 Jahre alt, anzuzeigen, die beide durch eine preussische Granate getötet wurden.“ Ein Sprenggeschloß war auf das Haus Saint Nicolas, eine der größten öffentlichen Erziehungsanstalten niedergefallen und hatte daselbst 5 Knaben von 12 bis 14 Jahren getötet oder verwundet; ein andres hatte das Dach eines Mädcheninstituts gesprengt, einige von den jungen Mädchen verbrannt und zwei getötet. ... Ein unbegreifliches Verhängnis leitete ihre Geschosse gerade auf unsere Museen, unsere Bibliotheken und unsere Hospitäler. ... Der Luxemburg hatte eine Menge Granaten erhalten, welche die Kranen genötigt hatten, die großen Feldlazarette zu räumen, die daselbst improvisiert worden waren; der Jardin des Plantes war verunstaltet, zerstört, geplündert worden; von den Treibhäusern des Museums, den

schönsten der Welt, blieb nichts mehr übrig, als ungestaltete Trümmer von Gestein und Glas, und der ehrwürdige Direktor dieses wissenschaftlichen Instituts, der berühmte Herr Chevreul, hatte in das Register folgende Erklärung eingetragen, die er sich von der Akademie der Wissenschaften hatte unterzeichnen lassen: „Der Jardin des Plantes mediceales, gegründet durch Edikt des Königs Ludwig XIII. am 3. Januar 1636; zum naturgeschichtlichen Museum geworden am 3. Mai 1794, wurde beschossen unter der Regierung Wilhelm I., Königs von Preußen, unter Graf v. Bismarck, Kanzler, durch das preussische Heer, in der Nacht vom 8. auf den 9. Januar 1871. Was dahin war er von allen Parteien und von allen in- und ausländischen Mächten respektiert worden.“

1878. Wolke spricht im Frühjahr im deutschen Reichstag für den ersten Entwurf eines Socialistengesetzes.

1880 schreibt er in einem Brief an den Rechtslehrer Bluntzli folgendes: „Der ewige Friede ist ein Traum, aber nicht immer ein schöner Traum, der Krieg ist ein Element der von Gott eingesetzten Ordnung; die edelsten Tugenden des Menschen entfalten sich dabei: der Mut und die Entschlossenheit, die treue Pflichterfüllung und der Geist der Aufopferung. Der Soldat gefaßt sein Leben hin; ohne Krieg würde die Welt in Jähren zerfallen und sich in Materialismus verlieren.“ Guy de Maupassant führt in einem stammenden Prolog („Sur l'Eau“) gegen diese Stellen u. a. folgendes aus: „Die Kriegsgelüste sind die Geißel der Welt. Wir kämpfen gegen die Natur, die Unwissenheit, gegen Hindernisse aller Art, um unser armseliges Leben weniger elend zu machen. Gelehrte verwenden die Arbeit eines ganzen Lebens darauf, um Mittel zu erfinden, das Schicksal ihrer Mitmenschen zu erleichtern. ... In sechs Monaten aber zerstören die Generale alles das, was mit 20jähriger Anstrengung, Geduld und Genialität erschaffen worden war. Und das heißt nicht, in den größten Materialismus verfallen? ... Was haben sie denn gethan, die Kriegsgelüste, was haben sie geleistet? Nichts. Was haben sie erfunden? Kanonen und Gewehre. Das ist alles. Hat der Erfinder des Schießpulvers nicht mehr gethan für die Menschheit durch die einfache und praktische Idee, 2 Holzstämme an einem Nagel anzubringen, als der Erfinder der modernen Befestigungen? Was hat Griechenland hinterlassen? Wälder und Marmorstatuen. Ist es groß, weil es geges hat, aber durch das, was es hervorgebracht hat? Hat der Einfalt der Perfer die Griechen davon bewahrt, in den größten Materialismus zu verfallen? Hat der Einfall der Barbaren in Rom es gerettet und regeneriert? Hat Napoleon etwa die große geistige Bewegung fortgesetzt, welche die Philosophen am Ende des vorigen Jahrhunderts begonnen hatten?“

Am 11. Januar 1887 sagte Wolke im deutschen Reichstag bei Verteidigung einer Militärvorlage: „Die Armeen ist die vornehmste aller Einrichtungen in jedem Lande“.

1888 schreibt er am 3. August in seinem Abschiedsgesuch: „Nur mit meinen innigsten Wünschen kann ich die Erfolge begleiten, welche glorreicher Zukunft vorbehalten sind“.

Das ist Wolke; eine echte Verkörperung des Militarismus, im Besitze aller Eigenschaften, die in diesem Wesen stets zu finden sind. War er genial, war er in seiner persönlichen Lebensführung einwandfrei, wie seine Anhänger so überlaten rühmen, so fällt es ihm so schwerer ihm zur Last, daß er glänzende Geistesgaben so kulturwidrig verwandte. Der Kapitalismus hat allerdings alle Veranlassung, solchen Männern kolossal-Standard zu errichten, besonders in einer Zeit, in der Kriegsgroßheiten an der Tagesordnung sind, wie sie seit dem dreißigjährigen Kriege nicht mehr vorgekommen sein dürften. Ged. Frey.

Nationalheros Wolke.

Wir Deutsche sind ein pietätvolles Volk: Während eine Hunnenstahl unser tapferes Heer nach der andern den Rücken unseres Namens über das Erdenniveau verdrängt, während der Weltgeneralissimus den siegreichen fremden Truppen mit feurigen Kriegesreden nachhelft, finden wir dennoch Zeit, auch der stolzen Thaten unserer Väter in patriotischen Jubeln zu gedenken. Man hat den 100. Geburtstag Wolkes in würdiger Weise gefeiert; Scherl und Scherlepigenern haben Berlin mit roten, grünen und schwarz-weiß-roten „Molkenummern“ überflutet, Krügervereine haben mit altholofeuchter Rehle den „Sang an Aegir“ angestimmt, Lante Boh leitartikel, vor allem aber verflüchtigen die Blätter den sieben, hocherleuten Verlinern, welche eine Vereinerung der häßliche Denkmalswald durch Aufpflanzung eines Molkenedenkmals erfahren soll. Wie bei primitiven Völkern der Haindling in riesenhaften Dimensionen dargestellt zu werden pflegt, so soll auch unser Generalissimus ein fünf Meter hohe Kolossalstatue bekommen; hätte kein Denkmal, Hengel eine bescheidene, versteinerte aufgestellte Wüste, Arupp ein Kanonen Denkmal vor dem Polytchnikum, Wolke 5 Meter groß — können Ken-Gymnen würdiger und großartiger ihrer großen Männer denken? Wir aber wollen Wolken heut ein historisches Denkmal errichten, indem wir durch Aufzählung nackter Thaten der Vergangenheit ein seiner würdiges, literarisches Mosaikbild zusammensetzen; wir ordnen im folgenden einiges Material in chronologischer Reihenfolge an, das uns Wolkes Jünger etwas enthüllen soll.

1800. Wolke wird als Sohn eines dänischen Offiziers in Wedienburg geboren. Er tritt zuerst in dänische, dann in preussische Militärdienste.

1835 läßt Wolke, der preussische Offizier, sich beurlauben, um 4 Jahre unter dem Sultan Mahmud zu dienen und an den Kriegen der Türken teilzunehmen.

1864 entwirft er, der Nachkomme eines alten dänischen Adelsgeschlechts, der seine Jugendjahre zum Teil in Kopenhagen verbracht und der in dänischem Kriegsdienst gestanden hatte, teilweise den Operationsplan für den deutsch-dänischen Krieg und beteiligte sich an diesem als Generalstabschef des Prinzen Friedrich Karl.

1870 macht er sich zum Mitschuldigen an Verbrechen der Emser Depesche. Bismarck selbst erzählt darüber folgendes: „Als ich diese (die friedliche Lösung der Verwicklung anknüpfende) Depesche verlesen hatte, ließen Moon und Wolke gleichzeitig Messer und Gabel auf den Teller fallen und rühten vom Tische ab. Es entstand eine lange Pause. Wir waren alle tief niedergedrückt. Wir hatten die Empfindung: die Sache verläuft im Sande. Da stellte ich an Wolke die Frage: „Ist das Instrument, das wir zum Kriege brauchen, ist unser Heer wirklich so tüchtig, daß wir mit größter Wahrscheinlichkeit auf einen guten Erfolg den Krieg aufnehmen können?“ Wir haben nie ein besseres Wort zugehört, als in diesem Augenblick“, sagte er. Moon, zu dem ich freilich weniger Vertrauen hatte, bestätigte Wolkes Worte vollkommen. „Nun dann essen Sie ruhig weiter“, sagte ich den beiden. Ich setzte mich an einen kleinen runden Marmortisch, der neben dem Speisetisch stand, las die Depesche aufmerksam durch, nahm meinen Bleistift und schrieb die ganzen Wissenssätze über Benediktis Bitte um eine nochmalige Audienz u. fort. Ich ließ eben nur Kopf und Schwanz stehen. Moon sah die Depesche allerdings etwas anders aus. Ich las sie in dieser neuen Fassung Wolke und Moon vor. Die



# Achtung! VI. Wahlkreis. Achtung!

Heute Dienstag, den 30. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:  
**Bekündigung des Wahlergebnisses**

in folgenden Lokalen:  
Ahrens Brauerei, Turmstr. 25. | Hensels Festsaal, Invalidenstr. 1a.  
Eiskeller, Chausseest. 88. | Weimanns Volksgarten, Sadstr. 56  
Wernau, Schwedterstr. 23-24. 221/2

## Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

### Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Mittwoch, den 31. Oktober, abends 8 Uhr, bei Stechert, Andreadstraße 21:

### Branchenversammlung der Schlafzimmer-Tischler

(Weiten, englische Schränke, Toiletten-Unterfaß und Nachtschilde).  
Tages-Ordnung:  
1. Die gegenwärtigen Arbeits- und Lohnverhältnisse in unserer Branche.  
2. Diskussion.  
Es ist Pflicht, daß sämtliche Kollegen der Branche in der Versammlung erscheinen.

### Branchen-Versammlung der Telephon-Tischler

sowie derjenigen Tischler, welche auf photographische und chirurgische Apparate beschäftigt sind  
im „Märkischen Hof“, Admiralsstraße Nr. 18c.  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht der Kommission. 2. Besprechung über die gegenwärtigen Arbeitsverhältnisse in der Branche. 3. Verschiedenes.  
Es wird jedem einzelnen in dieser Branche beschäftigten Kollegen zur besonderen Pflicht gemacht, in dieser Versammlung zu erscheinen.  
Die Kollegen von Seidt sind ganz besonders zu dieser Versammlung eingeladen.  
Der Einberafer.

### Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.  
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

### Versammlung der Gold- und Silberarbeiter

und verwandten Berufsangehörigen  
im „Dresdener Garten“, Dresdenerstraße 45.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Rechtsanwalts Herrn Victor Fränkl über: „Etwas aus der Reichsreform“. 2. Diskussion. 3. Bericht und Neuwahl der Agitationskommission. 4. Verhandlungsangelegenheiten.

### Versammlung

aller in  
Metallknopf-Fabriken beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen  
im Gewerkschaftshaus (großer Saal), Engel-Ufer 15.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen Otto Naether über: „Der Wert der Beförderung der Arbeitszeit“. 2. Diskussion. 3. Die Verhältnisse bei der Firma Marsold. 4. Verhandlungsangelegenheiten.

### Versammlung der Heizungs-Monteurs und Helfer.

Mittwoch, den 31. Oktober cr., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

### Versammlung der Heizungs-Monteurs und Helfer.

Tages-Ordnung:  
1. Wahl einer ständigen Kontrollkommission über die Einhaltung des Lohns. 2. Wie kann in unserem Beruf ein einseitiger Accordant geschaffen werden? 3. Verhandlungsangelegenheiten.

### Allgemeine Vertrauensmänner-Konferenz.

Donnerstag, den 1. November cr., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

### Herbstvergnügen

für die Werkstatt-Vertrauenspersonen des Verbands  
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.

### Grosses Konzert des Berliner Sinfonie-Orchesters.

Dirigent: Kapellmeister Robert Moser.  
Gesangsvorträge des Berliner Männer-Doppelsquartetts „Harmonie“.  
Nachdem: Grosser Ball.  
Während der Kaffeepause: Komische Vorträge.  
Beginn des Konzerts präc. 8 1/2 Uhr. Entree inkl. Garderobe und Tanz 50 Pf.  
Billets sind bei den Kassieren und im Verbandsbureau zu haben.  
121/5 Die Ortsverwaltung.

### Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft.

Verwaltungsstelle Berlin.  
Achtung! Werkzeugmacher! Achtung!

### Grosse Versammlung der Werkzeugmacher und Dreher Berlins und der Umgegend.

Mittwoch, den 31. Oktober 1900, abends 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:

Tages-Ordnung:  
1. Die Stellung der Werkzeugmacher in der Metallindustrie und wie können sich dieselben vor dem Druck der jetzigen Geschäftskrisis schützen.  
2. Diskussion.  
Kollegen! Seit Jahren wird von den Unternehmern versucht, auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Werkzeugmacher und Dreher zu verschlechtern; wie viele müssen schon jetzt für Hungerlöhne arbeiten. Wollt ihr, daß das so weiter geht? Deseit diese leidigen Zustände beizubringen, erscheint alle in dieser Versammlung. Ihr müßt gleich allen andern eure Interessen wahren und vertreten können.  
281/1 Die Ortsverwaltung.

### Männerleiden.

Vortrag von Lichtbildern vom praktischen Naturheilkundigen Grundmann morgen.  
Mittwoch, Naunhustraße 27, Gäste 20 Pf. (1 Broschüre)  
abends 8 1/2 Uhr  
Aufnahme neuer Mitglieder in unserer Geschäftsstelle in der Naturheil-Anstalt 72, Köpenickerstrasse 72, Brücken- u. Neanderstr. Sprechst. 11-2, 6-8. Sonntags 1-12. Gr. Berl. Naturheilvereln.

### Orts-Krankenkasse der Dachdecker Berlins.

Freitag, den 2. November 1900, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Köhler, Wienerstr. 60:

### General-Versammlung

Tages-Ordnung:  
1. Ergänzungswahl für ausgefallene Delegierte der Arbeitnehmer für 1900-1901. 2. Verschiedenes.  
G. Krebs, 1. Vorsitzender, 7715 Bergstr. 28, I

### Orts-Krankenkasse für die in den Geschäftsbetrieben der Anwälte, Rotare und Gerichtsvollzieher, der Krankenkassen, Berufs-gewerkschaften und Versicherungsanstalten beschäftigten Personen zu Berlin.

Gemäß § 51 Abs. 4 des Kassensatzes haben für die im Laufe des Jahres 1900 ausgefallenen Vertreter Ergänzungswahlen und gemäß § 60 des Kassensatzes für das Jahr 1901 die Neuwahlen der Vertreter der Kassemitglieder und Arbeitgeber zu erfolgen.  
Die Wahlen finden in den Arminkassen, Kommandantenstr. 20, statt.  
A. für die Arbeitgeber am 6. November cr. abends.  
Es sind zu wählen:  
von 8 1/2-9 1/2 Uhr durch die Arbeitgeber aus der Abteilung der Anwälte, Rotare und Gerichtsvollzieher in der Hauptwahl: 40 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 2 Vertreter.  
von 9-9 1/2 Uhr durch die Arbeitgeber aus der Abteilung der Krankenkassen, Berufs-gewerkschaften und Versicherungsanstalten in der Hauptwahl: 48 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 16 Vertreter.  
B. für die Arbeitnehmer am 9. November cr. abends.  
Es sind zu wählen:  
von 7-7 1/2 Uhr durch die Kassemitglieder aus der Abteilung der Versicherungsanstalten in der Hauptwahl: 74 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 17 Vertreter.  
von 7 1/2-7 3/4 Uhr durch die Kassemitglieder aus der Abteilung der Berufs-gewerkschaften in der Hauptwahl: 17 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 2 Vertreter.  
von 8-8 1/2 Uhr durch die Kassemitglieder aus der Abteilung der Krankenkassen in der Hauptwahl: 12 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 5 Vertreter.  
von 8 1/2-9 Uhr durch die Kassemitglieder aus der Abteilung der Gerichtsvollzieher in der Hauptwahl: 5 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 5 Vertreter.  
von 9-10 Uhr durch die Kassemitglieder aus der Abteilung der Anwälte und Rotare in der Hauptwahl: 76 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 11 Vertreter.  
Wahlberechtigt und wählbar sind nur diejenigen Kassemitglieder, welche großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind.  
Die Kassemitglieder werden ersucht, ihr Leittungsbuch als Legitimation mitzubringen. 273/12  
Berlin, 15. Oktober 1900.  
Der Vorstand, Jul. Cohn, Vors.

### Orts-Krankenkasse für die in den Geschäftsbetrieben der Anwälte, Rotare und Gerichtsvollzieher, der Krankenkassen, Berufs-gewerkschaften und Versicherungsanstalten beschäftigten Personen zu Berlin.

Gemäß § 51 Abs. 4 des Kassensatzes haben für die im Laufe des Jahres 1900 ausgefallenen Vertreter Ergänzungswahlen und gemäß § 60 des Kassensatzes für das Jahr 1901 die Neuwahlen der Vertreter der Kassemitglieder und Arbeitgeber zu erfolgen.  
Die Wahlen finden in den Arminkassen, Kommandantenstr. 20, statt.  
A. für die Arbeitgeber am 6. November cr. abends.  
Es sind zu wählen:  
von 8 1/2-9 1/2 Uhr durch die Arbeitgeber aus der Abteilung der Anwälte, Rotare und Gerichtsvollzieher in der Hauptwahl: 40 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 2 Vertreter.  
von 9-9 1/2 Uhr durch die Arbeitgeber aus der Abteilung der Krankenkassen, Berufs-gewerkschaften und Versicherungsanstalten in der Hauptwahl: 48 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 16 Vertreter.  
B. für die Arbeitnehmer am 9. November cr. abends.  
Es sind zu wählen:  
von 7-7 1/2 Uhr durch die Kassemitglieder aus der Abteilung der Versicherungsanstalten in der Hauptwahl: 74 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 17 Vertreter.  
von 7 1/2-7 3/4 Uhr durch die Kassemitglieder aus der Abteilung der Berufs-gewerkschaften in der Hauptwahl: 17 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 2 Vertreter.  
von 8-8 1/2 Uhr durch die Kassemitglieder aus der Abteilung der Krankenkassen in der Hauptwahl: 12 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 5 Vertreter.  
von 8 1/2-9 Uhr durch die Kassemitglieder aus der Abteilung der Gerichtsvollzieher in der Hauptwahl: 5 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 5 Vertreter.  
von 9-10 Uhr durch die Kassemitglieder aus der Abteilung der Anwälte und Rotare in der Hauptwahl: 76 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 11 Vertreter.  
Wahlberechtigt und wählbar sind nur diejenigen Kassemitglieder, welche großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind.  
Die Kassemitglieder werden ersucht, ihr Leittungsbuch als Legitimation mitzubringen. 273/12  
Berlin, 15. Oktober 1900.  
Der Vorstand, Jul. Cohn, Vors.

### Orts-Krankenkasse für die in den Geschäftsbetrieben der Anwälte, Rotare und Gerichtsvollzieher, der Krankenkassen, Berufs-gewerkschaften und Versicherungsanstalten beschäftigten Personen zu Berlin.

Gemäß § 51 Abs. 4 des Kassensatzes haben für die im Laufe des Jahres 1900 ausgefallenen Vertreter Ergänzungswahlen und gemäß § 60 des Kassensatzes für das Jahr 1901 die Neuwahlen der Vertreter der Kassemitglieder und Arbeitgeber zu erfolgen.  
Die Wahlen finden in den Arminkassen, Kommandantenstr. 20, statt.  
A. für die Arbeitgeber am 6. November cr. abends.  
Es sind zu wählen:  
von 8 1/2-9 1/2 Uhr durch die Arbeitgeber aus der Abteilung der Anwälte, Rotare und Gerichtsvollzieher in der Hauptwahl: 40 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 2 Vertreter.  
von 9-9 1/2 Uhr durch die Arbeitgeber aus der Abteilung der Krankenkassen, Berufs-gewerkschaften und Versicherungsanstalten in der Hauptwahl: 48 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 16 Vertreter.  
B. für die Arbeitnehmer am 9. November cr. abends.  
Es sind zu wählen:  
von 7-7 1/2 Uhr durch die Kassemitglieder aus der Abteilung der Versicherungsanstalten in der Hauptwahl: 74 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 17 Vertreter.  
von 7 1/2-7 3/4 Uhr durch die Kassemitglieder aus der Abteilung der Berufs-gewerkschaften in der Hauptwahl: 17 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 2 Vertreter.  
von 8-8 1/2 Uhr durch die Kassemitglieder aus der Abteilung der Krankenkassen in der Hauptwahl: 12 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 5 Vertreter.  
von 8 1/2-9 Uhr durch die Kassemitglieder aus der Abteilung der Gerichtsvollzieher in der Hauptwahl: 5 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 5 Vertreter.  
von 9-10 Uhr durch die Kassemitglieder aus der Abteilung der Anwälte und Rotare in der Hauptwahl: 76 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 11 Vertreter.  
Wahlberechtigt und wählbar sind nur diejenigen Kassemitglieder, welche großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind.  
Die Kassemitglieder werden ersucht, ihr Leittungsbuch als Legitimation mitzubringen. 273/12  
Berlin, 15. Oktober 1900.  
Der Vorstand, Jul. Cohn, Vors.

### Orts-Krankenkasse für die in den Geschäftsbetrieben der Anwälte, Rotare und Gerichtsvollzieher, der Krankenkassen, Berufs-gewerkschaften und Versicherungsanstalten beschäftigten Personen zu Berlin.

Gemäß § 51 Abs. 4 des Kassensatzes haben für die im Laufe des Jahres 1900 ausgefallenen Vertreter Ergänzungswahlen und gemäß § 60 des Kassensatzes für das Jahr 1901 die Neuwahlen der Vertreter der Kassemitglieder und Arbeitgeber zu erfolgen.  
Die Wahlen finden in den Arminkassen, Kommandantenstr. 20, statt.  
A. für die Arbeitgeber am 6. November cr. abends.  
Es sind zu wählen:  
von 8 1/2-9 1/2 Uhr durch die Arbeitgeber aus der Abteilung der Anwälte, Rotare und Gerichtsvollzieher in der Hauptwahl: 40 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 2 Vertreter.  
von 9-9 1/2 Uhr durch die Arbeitgeber aus der Abteilung der Krankenkassen, Berufs-gewerkschaften und Versicherungsanstalten in der Hauptwahl: 48 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 16 Vertreter.  
B. für die Arbeitnehmer am 9. November cr. abends.  
Es sind zu wählen:  
von 7-7 1/2 Uhr durch die Kassemitglieder aus der Abteilung der Versicherungsanstalten in der Hauptwahl: 74 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 17 Vertreter.  
von 7 1/2-7 3/4 Uhr durch die Kassemitglieder aus der Abteilung der Berufs-gewerkschaften in der Hauptwahl: 17 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 2 Vertreter.  
von 8-8 1/2 Uhr durch die Kassemitglieder aus der Abteilung der Krankenkassen in der Hauptwahl: 12 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 5 Vertreter.  
von 8 1/2-9 Uhr durch die Kassemitglieder aus der Abteilung der Gerichtsvollzieher in der Hauptwahl: 5 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 5 Vertreter.  
von 9-10 Uhr durch die Kassemitglieder aus der Abteilung der Anwälte und Rotare in der Hauptwahl: 76 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 11 Vertreter.  
Wahlberechtigt und wählbar sind nur diejenigen Kassemitglieder, welche großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind.  
Die Kassemitglieder werden ersucht, ihr Leittungsbuch als Legitimation mitzubringen. 273/12  
Berlin, 15. Oktober 1900.  
Der Vorstand, Jul. Cohn, Vors.

### Orts-Krankenkasse für die in den Geschäftsbetrieben der Anwälte, Rotare und Gerichtsvollzieher, der Krankenkassen, Berufs-gewerkschaften und Versicherungsanstalten beschäftigten Personen zu Berlin.

Gemäß § 51 Abs. 4 des Kassensatzes haben für die im Laufe des Jahres 1900 ausgefallenen Vertreter Ergänzungswahlen und gemäß § 60 des Kassensatzes für das Jahr 1901 die Neuwahlen der Vertreter der Kassemitglieder und Arbeitgeber zu erfolgen.  
Die Wahlen finden in den Arminkassen, Kommandantenstr. 20, statt.  
A. für die Arbeitgeber am 6. November cr. abends.  
Es sind zu wählen:  
von 8 1/2-9 1/2 Uhr durch die Arbeitgeber aus der Abteilung der Anwälte, Rotare und Gerichtsvollzieher in der Hauptwahl: 40 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 2 Vertreter.  
von 9-9 1/2 Uhr durch die Arbeitgeber aus der Abteilung der Krankenkassen, Berufs-gewerkschaften und Versicherungsanstalten in der Hauptwahl: 48 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 16 Vertreter.  
B. für die Arbeitnehmer am 9. November cr. abends.  
Es sind zu wählen:  
von 7-7 1/2 Uhr durch die Kassemitglieder aus der Abteilung der Versicherungsanstalten in der Hauptwahl: 74 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 17 Vertreter.  
von 7 1/2-7 3/4 Uhr durch die Kassemitglieder aus der Abteilung der Berufs-gewerkschaften in der Hauptwahl: 17 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 2 Vertreter.  
von 8-8 1/2 Uhr durch die Kassemitglieder aus der Abteilung der Krankenkassen in der Hauptwahl: 12 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 5 Vertreter.  
von 8 1/2-9 Uhr durch die Kassemitglieder aus der Abteilung der Gerichtsvollzieher in der Hauptwahl: 5 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 5 Vertreter.  
von 9-10 Uhr durch die Kassemitglieder aus der Abteilung der Anwälte und Rotare in der Hauptwahl: 76 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 11 Vertreter.  
Wahlberechtigt und wählbar sind nur diejenigen Kassemitglieder, welche großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind.  
Die Kassemitglieder werden ersucht, ihr Leittungsbuch als Legitimation mitzubringen. 273/12  
Berlin, 15. Oktober 1900.  
Der Vorstand, Jul. Cohn, Vors.

### Orts-Krankenkasse für die in den Geschäftsbetrieben der Anwälte, Rotare und Gerichtsvollzieher, der Krankenkassen, Berufs-gewerkschaften und Versicherungsanstalten beschäftigten Personen zu Berlin.

Gemäß § 51 Abs. 4 des Kassensatzes haben für die im Laufe des Jahres 1900 ausgefallenen Vertreter Ergänzungswahlen und gemäß § 60 des Kassensatzes für das Jahr 1901 die Neuwahlen der Vertreter der Kassemitglieder und Arbeitgeber zu erfolgen.  
Die Wahlen finden in den Arminkassen, Kommandantenstr. 20, statt.  
A. für die Arbeitgeber am 6. November cr. abends.  
Es sind zu wählen:  
von 8 1/2-9 1/2 Uhr durch die Arbeitgeber aus der Abteilung der Anwälte, Rotare und Gerichtsvollzieher in der Hauptwahl: 40 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 2 Vertreter.  
von 9-9 1/2 Uhr durch die Arbeitgeber aus der Abteilung der Krankenkassen, Berufs-gewerkschaften und Versicherungsanstalten in der Hauptwahl: 48 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 16 Vertreter.  
B. für die Arbeitnehmer am 9. November cr. abends.  
Es sind zu wählen:  
von 7-7 1/2 Uhr durch die Kassemitglieder aus der Abteilung der Versicherungsanstalten in der Hauptwahl: 74 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 17 Vertreter.  
von 7 1/2-7 3/4 Uhr durch die Kassemitglieder aus der Abteilung der Berufs-gewerkschaften in der Hauptwahl: 17 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 2 Vertreter.  
von 8-8 1/2 Uhr durch die Kassemitglieder aus der Abteilung der Krankenkassen in der Hauptwahl: 12 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 5 Vertreter.  
von 8 1/2-9 Uhr durch die Kassemitglieder aus der Abteilung der Gerichtsvollzieher in der Hauptwahl: 5 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 5 Vertreter.  
von 9-10 Uhr durch die Kassemitglieder aus der Abteilung der Anwälte und Rotare in der Hauptwahl: 76 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 11 Vertreter.  
Wahlberechtigt und wählbar sind nur diejenigen Kassemitglieder, welche großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind.  
Die Kassemitglieder werden ersucht, ihr Leittungsbuch als Legitimation mitzubringen. 273/12  
Berlin, 15. Oktober 1900.  
Der Vorstand, Jul. Cohn, Vors.

### Orts-Krankenkasse für die in den Geschäftsbetrieben der Anwälte, Rotare und Gerichtsvollzieher, der Krankenkassen, Berufs-gewerkschaften und Versicherungsanstalten beschäftigten Personen zu Berlin.

Gemäß § 51 Abs. 4 des Kassensatzes haben für die im Laufe des Jahres 1900 ausgefallenen Vertreter Ergänzungswahlen und gemäß § 60 des Kassensatzes für das Jahr 1901 die Neuwahlen der Vertreter der Kassemitglieder und Arbeitgeber zu erfolgen.  
Die Wahlen finden in den Arminkassen, Kommandantenstr. 20, statt.  
A. für die Arbeitgeber am 6. November cr. abends.  
Es sind zu wählen:  
von 8 1/2-9 1/2 Uhr durch die Arbeitgeber aus der Abteilung der Anwälte, Rotare und Gerichtsvollzieher in der Hauptwahl: 40 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 2 Vertreter.  
von 9-9 1/2 Uhr durch die Arbeitgeber aus der Abteilung der Krankenkassen, Berufs-gewerkschaften und Versicherungsanstalten in der Hauptwahl: 48 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 16 Vertreter.  
B. für die Arbeitnehmer am 9. November cr. abends.  
Es sind zu wählen:  
von 7-7 1/2 Uhr durch die Kassemitglieder aus der Abteilung der Versicherungsanstalten in der Hauptwahl: 74 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 17 Vertreter.  
von 7 1/2-7 3/4 Uhr durch die Kassemitglieder aus der Abteilung der Berufs-gewerkschaften in der Hauptwahl: 17 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 2 Vertreter.  
von 8-8 1/2 Uhr durch die Kassemitglieder aus der Abteilung der Krankenkassen in der Hauptwahl: 12 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 5 Vertreter.  
von 8 1/2-9 Uhr durch die Kassemitglieder aus der Abteilung der Gerichtsvollzieher in der Hauptwahl: 5 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 5 Vertreter.  
von 9-10 Uhr durch die Kassemitglieder aus der Abteilung der Anwälte und Rotare in der Hauptwahl: 76 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 11 Vertreter.  
Wahlberechtigt und wählbar sind nur diejenigen Kassemitglieder, welche großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind.  
Die Kassemitglieder werden ersucht, ihr Leittungsbuch als Legitimation mitzubringen. 273/12  
Berlin, 15. Oktober 1900.  
Der Vorstand, Jul. Cohn, Vors.

### Orts-Krankenkasse für die in den Geschäftsbetrieben der Anwälte, Rotare und Gerichtsvollzieher, der Krankenkassen, Berufs-gewerkschaften und Versicherungsanstalten beschäftigten Personen zu Berlin.

Gemäß § 51 Abs. 4 des Kassensatzes haben für die im Laufe des Jahres 1900 ausgefallenen Vertreter Ergänzungswahlen und gemäß § 60 des Kassensatzes für das Jahr 1901 die Neuwahlen der Vertreter der Kassemitglieder und Arbeitgeber zu erfolgen.  
Die Wahlen finden in den Arminkassen, Kommandantenstr. 20, statt.  
A. für die Arbeitgeber am 6. November cr. abends.  
Es sind zu wählen:  
von 8 1/2-9 1/2 Uhr durch die Arbeitgeber aus der Abteilung der Anwälte, Rotare und Gerichtsvollzieher in der Hauptwahl: 40 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 2 Vertreter.  
von 9-9 1/2 Uhr durch die Arbeitgeber aus der Abteilung der Krankenkassen, Berufs-gewerkschaften und Versicherungsanstalten in der Hauptwahl: 48 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 16 Vertreter.  
B. für die Arbeitnehmer am 9. November cr. abends.  
Es sind zu wählen:  
von 7-7 1/2 Uhr durch die Kassemitglieder aus der Abteilung der Versicherungsanstalten in der Hauptwahl: 74 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 17 Vertreter.  
von 7 1/2-7 3/4 Uhr durch die Kassemitglieder aus der Abteilung der Berufs-gewerkschaften in der Hauptwahl: 17 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 2 Vertreter.  
von 8-8 1/2 Uhr durch die Kassemitglieder aus der Abteilung der Krankenkassen in der Hauptwahl: 12 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 5 Vertreter.  
von 8 1/2-9 Uhr durch die Kassemitglieder aus der Abteilung der Gerichtsvollzieher in der Hauptwahl: 5 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 5 Vertreter.  
von 9-10 Uhr durch die Kassemitglieder aus der Abteilung der Anwälte und Rotare in der Hauptwahl: 76 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 11 Vertreter.  
Wahlberechtigt und wählbar sind nur diejenigen Kassemitglieder, welche großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind.  
Die Kassemitglieder werden ersucht, ihr Leittungsbuch als Legitimation mitzubringen. 273/12  
Berlin, 15. Oktober 1900.  
Der Vorstand, Jul. Cohn, Vors.

### Orts-Krankenkasse für die in den Geschäftsbetrieben der Anwälte, Rotare und Gerichtsvollzieher, der Krankenkassen, Berufs-gewerkschaften und Versicherungsanstalten beschäftigten Personen zu Berlin.

Gemäß § 51 Abs. 4 des Kassensatzes haben für die im Laufe des Jahres 1900 ausgefallenen Vertreter Ergänzungswahlen und gemäß § 60 des Kassensatzes für das Jahr 1901 die Neuwahlen der Vertreter der Kassemitglieder und Arbeitgeber zu erfolgen.  
Die Wahlen finden in den Arminkassen, Kommandantenstr. 20, statt.  
A. für die Arbeitgeber am 6. November cr. abends.  
Es sind zu wählen:  
von 8 1/2-9 1/2 Uhr durch die Arbeitgeber aus der Abteilung der Anwälte, Rotare und Gerichtsvollzieher in der Hauptwahl: 40 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 2 Vertreter.  
von 9-9 1/2 Uhr durch die Arbeitgeber aus der Abteilung der Krankenkassen, Berufs-gewerkschaften und Versicherungsanstalten in der Hauptwahl: 48 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 16 Vertreter.  
B. für die Arbeitnehmer am 9. November cr. abends.  
Es sind zu wählen:  
von 7-7 1/2 Uhr durch die Kassemitglieder aus der Abteilung der Versicherungsanstalten in der Hauptwahl: 74 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 17 Vertreter.  
von 7 1/2-7 3/4 Uhr durch die Kassemitglieder aus der Abteilung der Berufs-gewerkschaften in der Hauptwahl: 17 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 2 Vertreter.  
von 8-8 1/2 Uhr durch die Kassemitglieder aus der Abteilung der Krankenkassen in der Hauptwahl: 12 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 5 Vertreter.  
von 8 1/2-9 Uhr durch die Kassemitglieder aus der Abteilung der Gerichtsvollzieher in der Hauptwahl: 5 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 5 Vertreter.  
von 9-10 Uhr durch die Kassemitglieder aus der Abteilung der Anwälte und Rotare in der Hauptwahl: 76 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 11 Vertreter.  
Wahlberechtigt und wählbar sind nur diejenigen Kassemitglieder, welche großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind.  
Die Kassemitglieder werden ersucht, ihr Leittungsbuch als Legitimation mitzubringen. 273/12  
Berlin, 15. Oktober 1900.  
Der Vorstand, Jul. Cohn, Vors.

### Orts-Krankenkasse für die in den Geschäftsbetrieben der Anwälte, Rotare und Gerichtsvollzieher, der Krankenkassen, Berufs-gewerkschaften und Versicherungsanstalten beschäftigten Personen zu Berlin.

Gemäß § 51 Abs. 4 des Kassensatzes haben für die im Laufe des Jahres 1900 ausgefallenen Vertreter Ergänzungswahlen und gemäß § 60 des Kassensatzes für das Jahr 1901 die Neuwahlen der Vertreter der Kassemitglieder und Arbeitgeber zu erfolgen.  
Die Wahlen finden in den Arminkassen, Kommandantenstr. 20, statt.  
A. für die Arbeitgeber am 6. November cr. abends.  
Es sind zu wählen:  
von 8 1/2-9 1/2 Uhr durch die Arbeitgeber aus der Abteilung der Anwälte, Rotare und Gerichtsvollzieher in der Hauptwahl: 40 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 2 Vertreter.  
von 9-9 1/2 Uhr durch die Arbeitgeber aus der Abteilung der Krankenkassen, Berufs-gewerkschaften und Versicherungsanstalten in der Hauptwahl: 48 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 16 Vertreter.  
B. für die Arbeitnehmer am 9. November cr. abends.  
Es sind zu wählen:  
von 7-7 1/2 Uhr durch die Kassemitglieder aus der Abteilung der Versicherungsanstalten in der Hauptwahl: 74 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 17 Vertreter.  
von 7 1/2-7 3/4 Uhr durch die Kassemitglieder aus der Abteilung der Berufs-gewerkschaften in der Hauptwahl: 17 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 2 Vertreter.  
von 8-8 1/2 Uhr durch die Kassemitglieder aus der Abteilung der Krankenkassen in der Hauptwahl: 12 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 5 Vertreter.  
von 8 1/2-9 Uhr durch die Kassemitglieder aus der Abteilung der Gerichtsvollzieher in der Hauptwahl: 5 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 5 Vertreter.  
von 9-10 Uhr durch die Kassemitglieder aus der Abteilung der Anwälte und Rotare in der Hauptwahl: 76 Vertreter; in der Ergänzungswahl: 11 Vertreter.  
Wahlberechtigt und wählbar sind nur diejenigen Kassemitglieder, welche großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind.  
Die Kassemitglieder werden ersucht, ihr Leittungsbuch als Legitimation mitzubringen. 273/12  
Berlin, 15. Oktober 1900.  
Der Vorstand, Jul. Cohn, Vors.

### Marly-Schrot

feinster Kaffeezusatz.  
Gibt dem Kaffee eine vorzügliche Farbe u. reinen kräftigen Geschmack.  
— 1/2 Pfd. Original-Packet 15 Pf. —  
Deutsche Kaffee-Rösterei A. Pennitz, Berlin C., Rosenthalerstr. 59 und in den mit Placat versehenen Handlungen.

### Möbel

in gediegener Ausführung, auch auf 650000 Teilzahlung.  
H. & M. Lewent 131. Oranienstr. 131.

### Möbel

in gediegener Ausführung, auch auf 650000 Teilzahlung.  
H. & M. Lewent 131. Oranienstr. 131.

### Möbel

in gediegener Ausführung, auch auf 650000 Teilzahlung.  
H. & M. Lewent 131. Oranienstr. 131.

### Möbel

in gediegener Ausführung, auch auf 650000 Teilzahlung.  
H. & M. Lewent 131. Oranienstr. 131.

### Möbel

in gediegener Ausführung, auch auf 650000 Teilzahlung.  
H. & M. Lewent 131. Oranienstr. 131.

# Neue Berliner Genossenschafts-Bäckerei

Bernauerstrasse 47c. — Elisabeth-Ufer 36.

Besüglich des Inserats der „Berliner Genossenschafts-Bäckerei“ in Nr. 224 des „Vorwärts“ geben wir unserer Kundenschaft bekannt, daß wir nur garantiert reines Roggenbrot, hergestellt aus den besten Roggenmehl-Marken, liefern, daselbe auch von den ehemaligen Arbeitern genannter Bäckerei hergestellt wird, die sich durch das fortgesetzte arbeiterfeindliche, kapitalistische Verhalten der Inhaber obiger Bäckerei solidarisch erklärt haben und eine neue Bäckerei gegründet haben.

Nach erklären wir alle in den letzten Tagen von den Inhabern und Rutschern genannter Bäckerei ausgeföhrenen Gerüchte über unsere Bäckerei für unwahr und erlogen.

Wir treiben keine Dividendenjägererei, sondern liefern unserer Kundenschaft ein großes reines Roggenbrot und wollen und nur eine sichere Existenz gründen.

Wir bitten daher unsere Parteigenossinnen und Genossen um weiteren gütigen Zuspruch.  
Der Vorstand.

## Neue Freie Volksbühne

Dienstag, den 30. Oktober 1900, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:

### Ordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Bericht des Vorstands. 2. Bericht des Kassierers und der Revisoren.  
3. Wahl des Kassierers, der Revisoren, der Ordner und der fünf Verwaltungsmitglieder. 4. Verschiedenes. 151/1  
Der Eintritt ist nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte gestattet.

### Bereindentlicher Schuhmacher.

Mittwoch, den 31. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Pohl, Rosenthalerstr. 12:

Tages-Ordnung:  
1. Geschäfts- und Kassenbericht vom 3. Quartal 1900. 2. Wahl eines Revisors. 3. Verschiedenes.  
Zahlreiches Erscheinen erwartet  
Die Ortsverwaltung.  
170/17

### Maschinenbauer u. Metallarbeiter

Berlins und Umgegend. 278/11  
Dienstag, den 30. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal Sandfuch, Kottbuserstr. 4a:

### Oeffentliche Gewerkvereins-Versammlung

Referent Herr Klein über „Die Krisis in der deutschen Industrie“.

### Freie Vereinigung der Civil-Berufsmusiker

Berlins und Umgegend.  
Mittwoch, den 31. d. M., vormittags 10 1/2 Uhr, bei Schütz, Grenadierstraße 33:

### Ankerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Tarifierung des allgemeinen Tarifs der Berliner Musiker.  
Der wichtigsten Tagesordnung wegen tritt ein zahlreiches und pünktliches Erscheinen  
Der Vorstand.  
NB: Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.  
60/10

### Wäscherinnen und Plätterinnen

Berlins und Umgegend.  
Dienstag, den 30. Oktober 1900, abends 8 1/2 Uhr, im Saale der Brauerei Friedrichshain (fr. Lipps):

### Gr. öffentliche Versammlung

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag der Frau Clara Zeitlin aus Stuttgart über: „Arbeiterinnenschutz“. 2. Freie Aussprache. 3. Verschiedenes.  
Die Ginderinstituten:  
Frau Martha Hammermann, Wästerin, Weihensee, Straßburgerstr. 56.  
Alle Mitglieder des Vereins der Wäsche- und Krawattenbranche werden um rege Agitation für diese Versammlung gebeten.  
251/11

### Achtung! Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler.

Verwaltung A.  
Sonntag, den 12. November, abends 6 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer Nr. 15:  
Zum Besten der ausgesteuerten Mitglieder:

### Musikalische Unterhaltung

8. Ziehung d. 4. Klasse 203. Reg. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 23. Oktober 1900, veranlagt. Nur die Gewinne über 200 Mark sind den berechtigten Nummern in Klammern beigefügt.

Table of lottery numbers for the 4th class, including columns for numbers and their corresponding prizes.

7. Ziehung d. 4. Klasse 203. Reg. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 23. Oktober 1900, veranlagt. Nur die Gewinne über 200 Mark sind den berechtigten Nummern in Klammern beigefügt.

Table of lottery numbers for the 7th class, including columns for numbers and their corresponding prizes.

8. Ziehung d. 4. Klasse 203. Reg. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 23. Oktober 1900, veranlagt. Nur die Gewinne über 200 Mark sind den berechtigten Nummern in Klammern beigefügt.

Table of lottery numbers for the 8th class, including columns for numbers and their corresponding prizes.

9. Ziehung d. 4. Klasse 203. Reg. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 23. Oktober 1900, veranlagt. Nur die Gewinne über 200 Mark sind den berechtigten Nummern in Klammern beigefügt.

Table of lottery numbers for the 9th class, including columns for numbers and their corresponding prizes.

Advertisement for 'Jedes 5 Pfennig' with a list of words and their meanings.

Kleine Anzeigen.

Advertisement for 'Anzeigen für die nächste Nummer' with details on submission and publication.

Verkäufe section containing various advertisements for goods, services, and real estate.

Waurer'sche Bett vorräthig advertisement and other related notices.

Vermischte Anzeigen section with diverse small advertisements.

Vermietungen section listing various rental opportunities.

Stellungsangebote section with job openings and recruitment notices.

Arbeiter-Sekretär gesucht advertisement and other notices for workers and secretaries.

Kommunales.

In einer Versammlung hiesiger Gemeinde-Wasserräte wurde vom Gemeindevorstand Rat 80A mit Bedauern konstatiert, daß dem Wasserrat jetzt das Interesse für die Halbwaisenschwände...

Lokales.

Also doch!

Eine Ueberfüllung der städtischen Krankenhäuser besteht nicht, so antwortete man zu Anfang dieses Jahres vom Magistratsstische aus, als Stadtverordnete der „Neuen Linken“...

Zu den damaligen Äußerungen des Magistratsvertreters steht nun einermäßen in Widerspruch die Begründung einer Vorlage, welche unterm 19. Oktober 1900 der Magistrat hiesiger königlicher Haupt- und Residenzstadt, gez. Kirchner, der Stadtverordneten-Versammlung übersendet.

Eine weitere erhebliche Zunahme unserer Anstaltsbevölkerung ist bei der Ueberfüllung aller städtischen Anstalten (Krankenhäuser, Obdach, Arbeits-Hospital), aus denen Verlegungen in unsere Anstalten stattfinden, mit Sicherheit zu erwarten.

Die Krankenhäuser werden hier also unter den überfüllten städtischen Anstalten sogar an erster Stelle genannt. Wer hat denn nun eigentlich recht: der Magistratsvertreter, Herr Stadtrat Bail, oder der Magistrat, gez. Kirchner?

Interessant ist ferner, daß in dieser Vorlage auch das „städtische Obdach“ als überfüllt bezeichnet wird. Vor wenigen Tagen noch „las man“ in den magistrats-offiziösen Mitteilungen noch „anders“.

In eigener Regie will die Feuerwehr den wegen Raum-mangels notwendig gewordenen Umbau der Feuerwache in der Mauerstraße ausführen. Die städtische Baudeputation hat sich einverstanden damit erklärt, weil, wie es in der bezüglichen Magistratsvorlage heißt, „ein Teil der Arbeiten vom Personal der Feuerwehr erheblich billiger ausgeführt werden kann als von fremden Unternehmern“.

Neues von der Firma Stephan Erben! Uns wird geschrieben: Die Berliner Ober-Postdirektion hat kürzlich eine Verfügung an sämtliche Postamtsvorsteher erlassen, in welcher sie diesen anbefiehlt, die Dienststundenpläne der Unterbeamten dahingehend zu revidieren, daß jeder Unterbeamte, gleichviel, ob seine Dienstobliegenheiten schwierigere seien oder nicht, genau 66 Dienststunden pro Woche machen muß!

Unsere altherwürdigen Droschken zweiter Klasse werden wohl in nicht zu fernem Zukunft gänzlich von der Bildfläche verschwinden. Auch im dritten Quartal dieses Jahres ist wiederum ein rapider Rückgang zu verzeichnen. Während in dem gedachten Zeitraum nur eine Droschke zweiter Klasse zur Reueinführung gelangte, sind deren 66 für immer außer Betrieb gesetzt worden.

In der Verlegenheit darüber, daß sie in der Stamablen 12000 Mark-Affäre nicht Rede und Antwort stehen können, kommen die Offiziellen mit allerhand nebensächlichem Geschwätz. So haßt Schweinburg auf eine am Sonntag von uns gebrachte Lokalnotiz herum, in der konstatiert wird, daß viele Arbeiter in der Annahme, daß sie ein 900 M. übersteigendes Einkommen haben, von der Behörde jetzt scharf zur Steuer herangezogen werden.

In den 12 Schulkreisen Berlins werden, nach der am 1. Oktober dieses Jahres in Kraft getretenen Neu-Einteilung, künftig die folgenden Herren als Stadt-Schulinspektoren tätig sein: Kreis I Dr. Fischer, II Dr. Lorenz, III Haase, IV Stier, V Dr. Bohle, VI Dr. Raute, VII Götting, VIII Stubbe, IX Dr. v. Gispach, X Dr. Jowid, XI Dr. Baulf, XII Dr. Jonsas.

Die deutsche Gesellschaft für Volksbäder hielt Sonnabendabend im Saale des kaiserlichen Gesundheitsamts ihre erste Hauptversammlung ab. Die Gesellschaft hat u. a. eine Enquete über den jetzigen Stand des Volksbadeswesens in Deutschland veranstaltet. Es wurden im ganzen 2918 Bäder-Anstalten ermittelt, das ist eine auf 18 000 Einwohner. Von diesen Bade-Anstalten waren 478 in Kommunalbesitz, 429 wurden von gemeinnützigen Vereinen u. dgl. betrieben, 2019 waren in Privatbesitz.

Das Gerücht von einem Morde klappte sich an die That-sache, daß am Sonntag früh die Leiche eines vierzigjährigen Manns in den Laubenkolonien an der Ecke der See- und Hennigsdorferstraße, da wo die fogen. Nebelberge beginnen, in nächster Nähe des Kaiser Friedrich-Krankenhauses in der Reinholdsdorferstraße, von Bewohnern der Hennigsdorferstraße gefunden wurde. Die Kleider waren in Unordnung und an der Stirn zeigte sich eine Wunde. In der Annahme, daß ein Verbrechen nicht ausgeschlossen sei, wurde die Kriminalpolizei benachrichtigt.

Besser wird berichtet: Der Leichenfund in der Laubenkolonie ist durch die Obduktion, die die Gerichtsärzte Dr. Bugle und Dr. Störmer gestern nachmittags ausführten, dahin aufgeklärt

worden, daß kein Verbrechen, weder Mord noch Totschlag, sondern ein natürlicher Tod vorliegt. Der Mann ist an einer Lungenentzündung gestorben. Die Verletzung an der Stirn und einige andre wenige bedeutende Wunden muß er sich im Fallen zugezogen haben. Als Todesursache kommen sie weder unmittelbar noch mittelbar in Betracht.

Die Mafem im Obdach. Mit erneuter Gewalt sind die Mafem unter den Kleinen der im Städtischen Obdach untergebrachten Familien ausgebrochen. Nachdem es bereits den Aufchein gehabt, als wäre die Gefahr vorüber und die Epidemie im Verlöschen begriffen, hat sie gestern acht neue Opfer gefordert; zwei Kinder war man genötigt, in das Krankenhaus zu bringen.

Zur Wohnungsnot. Als ein Beweis dafür, wie schwer es zur Zeit fällt, kleinere Wohnungen zu erhalten, kann der Umstand gelten, daß es einem Schumann bei bestem Willen nicht gelungen ist, für sich und seine Frau und Kinder eine Wohnung zu finden. Nachdem er seine alte Wohnung hat räumen müssen, blieb ihm nichts andres übrig, als seine Wirt-schaft in das städtische Obdach zu bringen; daß nicht auch die einzelnen Familien-Mitglieder dort Unterkommen suchen mußten, ist nur dem Umstande zuzuschreiben, daß Verwandte sie bei sich aufgenommen haben. Wenn man bedenkt, daß der Wohnungsgeldzuschuß, den die Schulleute seit Jahrzehnten bekommen, nur 240 M. beträgt, und sie bei den jetzigen Wohnungspreisen das Doppelte auswenden müssen, um einigermaßen gut unterzukommen, dann wird man verstehen, wie schwer auch die Unterbeamten-Klasse unter der herrschenden Krisis zu leiden hat.

Die „Große“. Eine Panik auf der Stroßenbahn entstand gestern abend um 8 Uhr durch Herabfallen eines Drahts der Oberleitung vor dem Hause Weinmeisterstraße 2. Bevor der Turmwagen kam und den Schaden wieder ausbesserte, besetzte man den Draht provisorisch an dem genannten Hause. Als nun der Wagen Nr. 1478 vom Alexanderplatz her kam, fiel der Draht auf ihn. Sofort war der Wagen äußerlich und innerlich in Flammen eingeschloßt. Die Insassen stürzten laut schreiend hinaus und es ist fast ein Wunder, daß niemand dabei zu Schaden kam. Die Verkehrsstörung dauerte eine halbe Stunde. Die Wagenburg, die sich ansammelte, reichte bis zum Alexanderplatz.

Harmlos. Der ehemalige Lieutenant v. Kröcher, der zweite Hauptangestellte im „Harmlosen-Prozess“, hat seinen Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Schmidt, aus dem Auslande die schriftliche Mittheilung zugehen lassen, daß er sich zu der am 19. November d. J. beginnenden Hauptverhandlung in der zweiten Auflage stellen wird.

Mit 16 500 M. durchgebrannt ist am Sonnabend der 24 Jahre alte Schreiber Oskar Müller, der hier in Berlin in einem großen Steinmetzgeschäft angestellt war. Müller, der einen lockeren Lebenswandel führte, ist, ohne daß sein Arbeitgeber davon wußte, bereits vorbestraft worden. Er wußte, daß der Geschäftsbote mit zwei Geldbriefen zur Post geschickt wurde, um sie einschreiben zu lassen. Der eine Brief enthielt 14 000 M. und sollte nach Breslau gehen, der andre, der 2500 M. barg, war an einen Geschäftsmann in Dauer gerichtet. Müller hatte sich nun zwei andre Briefe zurecht gemacht und mit denselben Adressen versehen, die mit dem Siegel und dem Stempel des Steinmetzgeschäfts bedruckt unlesbar oder lediglich mit Geschäftskleber gefüllt. Mit diesen Briefen in der Hand nun sagte er den Boten ab, bevor er noch das Postamt erreicht hatte, legte ihm auseinander, daß ein Irrtum vorgekommen sei, nahm ihm die beiden Geldbriefe wieder ab und überreichte ihm dafür die andren, die die richtigen seien. Ohne Mißtrauen ließ ihn der Bote den Wechsel vornehmen und die wertlosen Briefe einschreiben, während Müller mit den Geldbriefen davonging. Abends erschien Müller noch einmal im Geschäft, um sich zu vergewissern, daß die Briefe auch wirklich abgehandelt waren. Seitdem, 7 Uhr abends, sah man ihn nicht wieder. Der Schwindel kam aber einen Tag früher ans Licht, als er berechnet hatte. Der Breslauer Geschäftsmann holt nämlich auch seine eingeschriebenen Briefe selbst von der Post ab und so bekam er den Berliner Brief schon vorgestern und fragte unverzüglich durch den Draht an, was es mit dem wertlosen Briefe auf sich habe. So wurde der Schwindel rasch aufgedeckt; es ist aber bis jetzt noch nicht gelungen, des Flüchtigen habhaft zu werden. Müller ist am 28. September 1876 zu Halle a. S. geboren, etwa 1,60 Meter groß, schlant und schwächlich. Er hat dunkelblondes Haar, einen Anflug eines kleinen blonden Schmelzbarts und sogenannte O-Beine. Besondere Kennzeichen sind eine lahle Stelle am Hinterkopf, ein Glas-auge rechts und sehr große Kurzsichtigkeit. Die geschädigte Firma legt auf die Ermittlung des flüchtigen und die Wiederbeschaffung des veruntreuten Geldes eine Belohnung von 500 M. aus.

Zigeuner-Romanze. Die Heiratsangelegenheit des Zigeuner-Kaisers Watosch macht den Behörden viel zu schaffen. Um der gegen ihn schwebenden Anklage wegen Entführung einer Minder-jährigen den Boden zu entziehen, oder doch im schlimmsten Falle eine milde Beurteilung zu erreichen, will Watosch bekanntlich als Ehemann der von ihm Entführten vor die Richter treten. Es ist seinem Verteidiger, Rechtsanwalt Ulrich, trotz aller Bemühungen nicht gelungen, diejenigen Papiere zu beschaffen, die zur Beschließung in Deutschland unerlässlich sind. Darum ist Watosch jetzt mit seiner Frau nach London gereist. Nach englischem Gesetz soll dort ein Paar die Ehe eingehen können, das 21 Tage lang seinen Aufenthalt in einem und demselben Ort gehabt und der Polizei die Anzeige gemacht hat, daß es nach Ablauf dieser Frist die Ehe eingehen will. Wenn Herr Watosch sein Ziel erreicht, wird er als Ehemann nach Berlin zurückkehren.

Mit der Organisation der Klamottenlutscher steht es erfreulichweise auch in Berlin besser, als aus dem kürzlich von uns veröffentlichten Artikel hervorging. Wie uns vom Verband der Handels- und Transportarbeiter mitgeteilt wird, gehören von den etwa 1600 Lutschern dieser Branche, welche Berlin zählt, mehr als 900 diesem Verbands als Mitglieder an. Im März d. J. fand eine Lohnbewegung der Leute statt, bei der in fast allen in Betracht kommenden Jahrgeschäften die Forderungen der Lutscher durchgesetzt wurden. Der Lohn der Klamottenlutscher beträgt nach dieser Bewegung für etwa 20 Prozent derselben 25 Mark, für 50 Prozent 27 M. und für weitere 20 Prozent 30 M. pro Woche. Nur für nicht ganz 10 Prozent aller Beschäftigten ist der Wochenlohn niedriger als 25 M. Leider kommt es auch heute noch bei einzelnen Führern vor, daß Lutscher im Stalle oder auf dem Heuboden lampieren; sobald dies aber der Organisation bekannt wird, ergreift diese sofort die nötigen Maßregeln zur Beseitigung dieses Zustandes. Die Organisation ist jedem dankbar, der ihr greifbare That-sachen über solche Zustände in Jahrgeschäften mitteilt.

Zur Simon Blaschen Erbschaft wird der „Ref. Bl.“ aus Mainz vom 27. Oktober geschrieben: Ein Teil des Blaschen Vermächtnisses wurde gestern in der Höhe von 106 635 M. von Berlin an die Stadt Mainz ausgezahlt. Der Rest, den die Stadt noch zu erhalten hat, beläuft sich auf ungefähr 100 000 M.

Der verschwundene Prof. Karl Oberimpfster wurde am Sonnabend von Bekannten auf der Straße getroffen und hat einen seiner Freunde einen Besuch gemacht. Er weigerte sich indessen, über seinen Aufenthalt nähere Angaben zu machen. Die That-sache, daß er sich vor 14 Tagen aus seiner Wohnung in der Gr. Fräulendensfr. 10 entfernt hat, dürfte mit finanziellen Bedrängnissen zusammenhängen mit denen der alte Herr zu kämpfen hat.

In einem Krampfanfall aus dem Fenster gesprungen ist am Sonntagmittag die 27 Jahre alte Hausfreierin Margarete Müller

